

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adlestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnezeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die Jubelfeier des 1. Mai.

Ein Vierteljahrhundert ist im Meer der Ewigkeit versunken seit dem Tage, an dem Vertreter der Arbeiter aus allen Ländern mit kapitalistischer Entwicklung durch einstimmigen Beschluß die Maifeier als Kundgebung internationalen Gemeinschaftsgefühls ins Leben riefen. Dies geschah auf dem Internationalen Arbeiterkongress, der am 14. Juli 1889, an der hundertsten Wiederkehr des Tages des Bastillensturmes, in Paris zusammentrat. Zum 25. Male begehen wir in diesem Jahre die Maifeier.

War der 14. Juli 1889 als Tag des Kongressbeginns gewählt worden in der stolzen Erinnerung an die Zerbrechung der Fesseln des Feudalismus, so gab die am Schlußtage des Kongresses in froher Kampfesstimmung eingesezte Maifeier über die Landesgrenzen und die Meere hinweg das Signal zum geschlossenen Angriff auf den Kapitalismus. Und dieses Signal tat seine Wirkung. Auf dem ganzen Erdenrund hat der Kampf eingesezt. Er wird mit einer Fähigkeit und Ausdauer geführt, die in der Menschheitsgeschichte ihresgleichen nicht findet. Millionenköpfig kämpft das Heer der Arbeiter gegen die Armee der Kapitalvertreter, die zwar an Zahl viel kleiner, aber im Besitz aller Macht- und Herrschaftsmittel ist. Von Jahr zu Jahr wächst der Heerhaufen der Klassenbewußten Arbeiter, die auszutreten zu dem großen Volkskrieg, in dem nicht um Kriegsgewinn und Landbesitz gestritten wird, sondern um die höchsten Güter der Menschheit: um Recht und Freiheit, Wohlfahrt und Menschentum. Und läßt sich auch der Tag des endgültigen Sieges im voraus nicht bestimmen, so wissen wir doch, daß er kommen muß; der Fortschritt der letzten 25 Jahre allein schon bürgt uns dafür.

Mancher von denen, die vor 25 Jahren die Maifeier zum erstenmal begingen, mag sich den Gang der Dinge anders vorgestellt haben, als er sich vollzogen hat. Die Erinnerung an die bürgerlichen Revolutionen beeinflusste das Geistesleben der deutschen Arbeiter in weitgehendem Maße. Der Glaube erhielt sich immer noch, daß durch einen kühnen Handstreich, durch eine äußerste Kraftanstrengung plötzlich die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den Angeln gehoben und die Gehele der Menschlichkeit in Kraft gesetzt werden könnten. Die Wahrscheinlichkeit eines nahe bevorstehenden Kladderadatsches beherrschte das Fühlen und Denken vieler Arbeiterschichten. Die Geschichte macht aber keine Sprünge, sondern beruht auf der Entwicklung. Das gilt in gleicher Weise von der Weiterbildung der Organismen wie vom Aufbau der Formen des menschlichen Gesellschaftslebens. Schritt für Schritt marschieren wir voran, und wenn es auch zuweilen scheinen mag, als ob ein Stillstand oder gar ein Rückschritt eingetreten wäre, so lehrt uns doch ein Blick auf eine größere Zeitspanne, daß wir vorwärts kommen.

Wo standen wir vor 25 Jahren? In vielen von den Ländern, die heute mächtige Arbeiterarmeen aufweisen, waren kaum die ersten Ansätze einer vom Geiste des Klassenkampfes erfüllten Arbeiterbewegung wahrzunehmen. In Deutschland wurden die politischen wie die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen noch niedergehalten durch das Ausnahmegesetz. Bei der erstmaligen Begehung der Maifeier mußten die Formen klug erwogen werden, damit nicht die Herrschenden einen Vorwand aus ihr entnehmen konnten zur Verlängerung und Verschärfung des Gesetzes, das der Arbeiterklasse schwere Wunden geschlagen hatte, wenn es auch ihren Vornarrsch nicht zu hindern vermochte. Und diese Taktik brachte Erfolg. Das Ansehensgesetz fiel, etwas früher konnten sich die Arbeiterorganisationen wieder bewegen. In den Wahlkämpfen nahm die politische Bewegung einen schnellen Aufschwung. Die Organisationsarbeit war zunächst nur von mäßigen Erfolgen begleitet. Noch waren die Meinungen geteilt über die Form der Organisation. Neben dem im Zustand der ersten Entwicklung befindlichen neuen Zentralverbänden bestanden die Sozialorganisationen fort, die mit den gewerkschaftlichen Aufgaben die politische Werbetätigkeit vernachlässigten. Ausschließlich erst gewann der Zentralisationsgedanke die Oberhand. Aber auch dann noch vollzog sich der Aufstieg langsam. Erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts setzte der Aufschwung ein, der im Verlauf der folgenden anderthalb Jahrzehnte die glänzende Entwicklung brachte, während welcher unsere Gewerkschaften zu ihrer heutigen Größe heranwuchsen. Auch die politische Organisation der Arbeiterklasse stellt heute eine ungleich mächtigere Größe dar als vor 25 Jahren. Beide Bewegungen üben einen Einfluß auf das öffentliche Leben aus, dem weder die Unternehmer noch die Regierungen sich entziehen können.

Das kann nicht heißen, daß wir die Widerstände überwunden hätten, die uns im Wege stehen. Im Gegenteil, auch die Macht unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner ist gewachsen. Die Unternehmerorganisationen stecken vor 25 Jahren noch in den Kinderschuhen. Heute sind sie ein wohlgefügtes Gebäude, das auf der breiten Grundlage der Zentralisation beruht und in dem ein Bestandteil durch den andern gestützt wird. Und doch ringen wir ihnen Zugeständnisse ab. Die soziale Gerechtigkeit, aus der unsere Forderungen erwachsen, bildet eine jütliche Macht, die uns bei geschickter Kampfesführung einen Vorsprung sichert. Unsere Armee wächst in stärkerem Maße als die der Unternehmer. In zahllosen Kämpfen ist eine Summe von Schulung erworben worden, die unsere Kampfesfähigkeit gesteigert hat. Das gleiche gilt von dem politischen Ringen. Allen Widerständen zum Trotz bringt die Arbeiterschaft mit ihren Anschauungen ein in die Gesetzgebung und Verwaltung. Der wachsende Rückhalt, den sie im Volksbewußtsein findet, verbessert ihre Stellung. Der herrschenden Klasse wird es immer schwieriger, die Forderungen der Arbeiter glatt abzuweisen. Die Behandlung der Arbeiter als Staatsbürger zweiter Klasse, die Verweigerung demokratischer Wahlrechte, die Streikjustiz, die Vorstöße gegen das Koalitionsrecht sind keine Gegenbeweise. Nur die Angst der Machthaber, immer weiter zurück in die Verteidigung gedrängt zu werden, gibt sich in diesen Maßnahmen der Reaktion kund. Der Kampfsumt der nach Licht und Lebensgeist emporstrebenden Arbeiterklasse wird auch dieser verzweifeltsten Anstrengungen einer abwärtsgleitenden bevorrechteten Klasse Herr werden.

Einen mächtigen Ansporn erfährt der Kampfgeist und die Siegeszuversicht durch das Bewußtsein, von denselben großen Gedanken getragen zu werden wie die Klassengenossen der ganzen Welt. Die Einheitlichkeit des Willens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Maifeier. Kein Zweifel, daß der Gedanke der Maifeier, der den Blick des Arbeiters hinweghebt über die Schranken der einzelnen Nationen, der das Gefühl der unumwiderlichen Sieghaftigkeit der Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse stärkt, werbend gewirkt hat. So mancher unaufgeklärte Kollege ist durch die machtvollen Kundgebungen, die am gleichen Tage, zur gleichen Stunde in Petersburg, Berlin, London, Newyork und San Francisco stattfanden, zum Nachdenken angeregt und in unsere Reihen geführt worden. Doch hat uns die Maifeier auch Mißbilligkeiten und Enttäuschungen nicht erspart. Nicht die Maifeier an sich, sondern die Streitfrage, ob sie durch Arbeitsruhe begangen werden soll. Es mag widersinnig klingen, wir stellen doch den Satz auf: in dem Maße, in dem wir größer und stärker wurden, haben sich die Schwierigkeiten vermehrt, die der Arbeitsruhe im Wege stehen. Eine kleine Organisation, die wenig zu verlieren hat, kann es leichter wagen, für die Forderung der Arbeitsruhe ihre ganze Macht einzusetzen, als eine große. Diese darf ihre finanzielle Kriegsbereitschaft nicht um einer Sache willen gefährden, die in keinem Verhältnis steht zu den Opfern, die möglicherweise gebracht werden müssen. Alle großen Gewerkschaftsverbände Deutschlands haben ihre Taktik hinsichtlich der Arbeitsruhe am 1. Mai danach eingerichtet. Man wird daher hoffen dürfen, daß die auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag von einem Hamburger Delegierten gegebene Anregung weiter verfolgt und auf dem bevorstehenden internationalen Kongress zu Wien eine Änderung in Vorschlag gebracht wird. Alles, was uns bewegt am 1. Mai, kann auch ohne Arbeitsruhe öffentlich zum Ausdruck gebracht werden, erklärte jener Delegierte. Er hat die Erfahrung für sich und man kann auch nicht sagen, daß die Hamburger Arbeiter einen Kampf mit dem Unternehmertum scheuen. Gerade sie haben schon die schwersten und opfervollsten Kämpfe geführt. Eine allgemeine Arbeitsruhe haben wir in Deutschland ebensovienig erlebt als in einem andern Lande. Millionen und Abermillionen Klassengenossen haben bisher der Fronarbeit am 1. Mai in gleicher Weise obliegen müssen, wie an den übrigen Arbeitstagen. Und doch haben sie mitgefieert; im Geiste tagtäglich an der Werkbank, in Person am Abend oder am folgenden Sonntag, wenn die Feier auf diesen verlegt wurde. In manchen Länderstrichen (zum Beispiel in Österreich) war es leichter, die Arbeitsruhe durchzusetzen als bei uns in Deutschland. Der 1. Mai ist dort seit Jahrtausenden ein Feiertag gewesen, das Fest der nengeborenen Erde. Die Überlieferung dieser Feier ist in der einen Stadt, dem einen Land lebendiger als in dem andern. Eine vollständige, größere Gebiete umfassende Arbeitsruhe ist aber am 1. Mai trotzdem nirgends erreicht worden.

In dem ursprünglichen Beschluß des Pariser Kongresses ist auch von einer Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen, keine Rede. Wilhelm Liebknecht, der zu den Vorstehenden des Kongresses gehörte, hat auf dem Kölner Parteitag festgestellt, daß die Meinungsverschiedenheiten von dem doppeldeutigen Wort Feiertag herkommen. Aus diesem Wort ist der Glaube

entstanden, es sei nicht nur eine Feier im Sinne des feierlichen Begehens des Tages, sondern im Sinne des Feierns der Arbeit beschlossen worden. Wilhelm Liebknecht war es auch, der mit größter Schärfe der Auffassung entgegentrat, als bedeute der Verzicht auf die Arbeitsruhe ein Zurückweichen vor dem Unternehmertum. Bezugnehmend auf die Niederlage, die der Hamburger Arbeiterschaft im Kampfe um die Arbeitsruhe gleich bei der ersten Maifeier im Jahre 1890 beigebracht worden war, erklärte er:

„Eine Dummheit darf man einmal machen — das kann jedem geschehen — sie darf aber nicht wiederholt werden, das ist unverzeihlich! Die Führer — um dieses Wort einmal zu gebrauchen — würden gewissenlos handeln, wie Generale gewissenlos handeln, die ihre Truppen in die Bajonette der Feinde hineintreiben wollten... Die Arbeitgeber haben zurzeit im Klassenkampf das Fest in den Händen und sie beherrschen die Lage vollständig. Und sie wissen das. Sie haben den Instinkt der Macht, der dem Besitz der Macht entspringt; zwar nicht das Amt, aber die Macht gibt Verstand — die Einsicht dessen, was nützlich ist, und diese Einsicht ist bei der herrschenden Klasse viel schärfer entwickelt und viel allgemeiner als bei der Arbeiterklasse, die erst emporstrebt.“

So der alte Liebknecht 1895. Auch einem Einwand, den man heute noch oft hört, rückte er kräftig zuleibe:

„Im Betonen der Arbeitsruhe liegt nichts Habitales, es ist das einfach eine Phrase, und mit diesen Phrasen, so sagte ich schon in Zürich, müssen wir aufräumen. Wir sind keine politischen Kinder mehr. Manche Genossen veranstalten ein Kirchturnwettrennen in radikalten Phrasen, weil sie an ernstigen Gedanken keinen Überfluß haben. Die Phrase ist der Ersatz für ernstes Denken und Handeln. Wir sind hier auf der Erde, nicht in der Luft, und ein Großchen menschlichen Handelns ist mehr wert als tausend Mark Phrasen.“

In demselben Sinne hatte sich Liebknecht schon ein Jahr zuvor geäußert. Auch der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag vom Jahre 1892 spricht aus:

„Schließlich liegt der Wert der Feier doch auch weniger in der äußeren Form, als in der Tatsache, daß die Arbeiterschaft aller Länder für die vom Pariser Kongress formulierten Forderungen einheitlich ihre Stimme erhebt und den unbedingten Willen bekundet, der herrschenden Gesellschaft deren Anerkennung abzuwingen.“

Diese Anschauung hat sich in den deutschen Gewerkschaften mehr und mehr Bahn gebrochen; ihr sollte auch auf dem Wiener Kongress zur Anerkennung verholten werden. Die Forderungen des Arbeiterschutzes, des Achtstundentags, der Arbeitslosenversicherung werden um so wirksamer erhoben werden, je einheitlicher es geschieht. Die Einheitlichkeit und die Massenbeteiligung wird gefördert, wenn der Streit um die Arbeitsruhe sein Ende findet.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß wir der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht bedürfen, um unsern Willen kundzutun. Sehen die Herrschenden zum Krieg, so veranstalten wir Friedenskundgebungen und erheben flammenden Protest gegen die Barbarei des Militarismus, ohne nach der Stunde zu fragen. Lassen die Reaktionen das Wahlrecht an, so sind wir nicht nur zu Kundgebungen, sondern zu schärfstem Kampfe bereit. Nimmermehr werden wir dulden, daß das kümmerliche Koalitionsrecht, das heute besteht, vollends zertrümmert werde. Wir fordern seine Ausgestaltung. Wer weiß, ob wir nicht binnen kurzem zu einem Ringen antreten müssen, bei dem es angelegter erscheint, Großes zu wagen, als bei der Arbeitsruhe am 1. Mai. Und daß wir um werbender Erfolge willen der Arbeitsruhe nicht mehr bedürfen, das hat zum Überfluß die rote Woche bewiesen. Nicht um ein Zurückweichen vor dem Unternehmertum handelt es sich beim Verzicht auf die Arbeitsruhe, sondern um die Umschau nach wirksameren Kampfesmitteln. Als das Schießpulver erfunden wurde, erhoben sich auch Vertreter der früheren Kampfweise und verlangten, daß es nicht im Kampfe verwandt werden dürfe, weil mittels der Flinten und Geschütze selbst schwächliche und angewandte Menschen die stärksten und tapfersten Krieger überwinden könnten. Man müsse die alte „edlere“ Kampfweise hochhalten. Obgleich von denen, die so sprachen, mancher persönlich sehr tapfer war, ist doch die Zeit über ihre Ansichten hinweggegangen und so ergeht es allen, die versäumen, ihr Verhalten den Erfordernissen neuerer Zeiten anzupassen. So ergeht es auch denen, die glauben, in der heutigen Zeit die Kämpfe des Proletariats mit Hilfe der veralteten Aufschüttaktik führen zu können, die glauben, daß es für die Arbeiterorganisationen nur darauf ankomme, den Vortrupp zu bilden, der den Zweck habe, die Massen der Unorganisierten mit fortzureißen. So einfach ist heutzutage der Kampf des Proletariats nicht mehr.

Im Wechsel der Zeiten ändern sich die Kampfmethoden und Kampfformen. Wovon wir zu wachen haben, das ist: daß der Geist des internationalen Gemeinschaftsgefühls nicht verloren gehe und nicht getrübt werde. Und dieser Geist begehrt uns bei der 25. Maifeier nicht minder als er bei der ersten uns beherrschte.

Machtweiten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung bildet eine Kette von Fortschritten und Rückschlägen, unterbrochen von kleinen Rückschlägen. Aber unverkennbar ist der Aufstieg. Unbestreitbar sind die von den Gewerkschaften für die Arbeiterschaft errungenen wirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Fortschritte. Trotzdem, die Zetten der Ruhe im gewerkschaftlichen Vormarsch waren Reis die Ursache von pessimistischen Erörterungen über die Grenzen der Gewerkschaftsmacht. Selbstverständlich muß man sich Rechenschaft geben über die eigene Stärke im Verhältnis zu der des Gegners; Klarheit zu schaffen über Kampfmöglichkeiten und Erfolgsaussichten, das gehört zu den unerlässlichen Voraussetzungen zweckentsprechender Gewerkschaftsarbeit. Aber die oft genug über das Ziel hinaus-schießende Verkleinerung gewerkschaftlichen Einflusses fördert nur Verzagtheit und Mißmut. Damit ist dem Arbeiterwohl am allerwichtigsten gebient. Man soll die Bedeutung der Gewerkschaften nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen! Ein ruhiges, sachliches Urteil muß nicht nur feststellen, daß die Gewerkschaften eine gewaltige Macht im Wirtschaftsleben erlangt haben, sondern auch noch Weiten der Macht- und Einflußsteigerung vor sich haben.

Allerdings: Unbegrenzt ist die Gewerkschaftsmacht nicht! Unbegrenzte Rechte gibt es überhaupt nicht. Jede Machterweiterung entwickelt ihr Gegengewicht. So ist ja auch die Arbeiterbewegung aus der Entwicklung kapitalistischer Macht und Herrschaft herausgewachsen. Die Frage nach den Grenzen der Gewerkschaftsmacht ist abhängig davon, wie man sie ansieht. Denn was dabei an die vollständige Ueberwindung des kapitalistischen Systems, dann muß man eine solche Macht der Gewerkschaften naturgemäß verneinen. In solchem Sinne hat die Frage auch keine Berechtigung. Sie unterstellt den Gewerkschaften eine Aufgabe, die sie ablehnen, die sie niemals übernommen haben. Versteht man die Frage oder so, so die Gewerkschaften die Macht hatten und haben, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu sichern und noch weiter zu erörtern, dann muß die Antwort unbedenklich ja lauten.

Zur Sicherung des Erreichten sind die Gewerkschaften unerlässlich, weil die er kämpften Errungenschaften vom Kapital fortgeführt angegriffen werden. Das beruht im System der kapitalistischen Wirtschaftsweise, in der die schweigende Macht, den Profit auf Kosten des Arbeitslohnes zu vergrößern. Handgreiflich deutlich zeigen das jedem denkenden Arbeiter die Verhältnisse und Erscheinungen im Wirtschaftsleben. Ohne den Widerstand der Gewerkschaften wäre das Koalitionsrecht längst beseitigt, wäre die Willkür der Arbeiter bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen aufgehoben. Um dahin zu gelangen, fleigen ja die Unternehmer ihre organisatorische Macht und versuchen sie, nach ihrem Willen die Gesetzgebung zu beeinflussen. Schon aus diesem Grund ist eine fortgeschrittene Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen unbedingt erforderlich.

Die Gewerkschaften betätigen aber nicht nur das Eroberte, sie erobern auch neue Vorteile. Man kommt zu solchen Urteilen, wenn man lediglich die direkten Streiterfolge ins Auge faßt. Es darf nicht übersehen werden, daß sich die Voraussetzungen für Streiks verändert haben. Darin kommt keine geschwundene Position der Gewerkschaften zum Ausdruck. Im Gegenteil! Weil die Gewerkschaften eine höhere Macht erlangt haben, ist mancher Streik überflüssig geworden. Zeitweise hat sogar die bessere Organisation der Unternehmer den Einfluß der Gewerkschaften erhöht. Früher war es so: An den einzelnen Unternehmern traten die Arbeiter mit Forderungen heran. Aus Konfliktmöglichkeiten konnte und wollte er sie nicht vermeiden. Weil die Forderungen bei den übrigen Unternehmern nicht durchgesetzt werden konnten, lehnte er sie ab, was nicht ungewöhnlich zu probieren als seine Konkurrenz. Es kam zum Kampf. Er war aussichtslos, wenn dem Unternehmer genügend Unorganisierte zur Verfügung standen und Arbeitslosigkeit das Herz der sich Weibenden vergrößerte. Ein unter solchen Umständen verkürzter Streik führte den Widerstand aller Unternehmer gegen Ansprüche der Arbeiter. So, er war sogar das Signal zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. So zogen alle Unternehmer Vorteil von dem einen Kampf, um den sie sich in übrigen nicht kümmerten. Das hat sich wesentlich geändert. Die Organisation der Unternehmer hat die Spaltung der Verhältnisse mehr zu einer sie alle in gleicher Weise beherrschenden Angelegenheit gemacht. Nach derselben Richtung wirkte das Wachstum und die Zentralisation der gewerkschaftlichen Organisation. Forderungen werden nun nicht mehr gegen den einzelnen Unternehmer, sondern gegen die ganze Gruppe gestellt gemacht. Damit scheidet das Moment der Konkurrenz aus. Jeder einzelne Unternehmer weiß, daß seine Konkurrenz derselben Angelegenheit nachgehen müssen. Ein früher sehr harter Widerstand ist verschwunden.

Die Folge ist, daß mehr und mehr Erfolge durch Verhandlungen und Beschließungen erlangt werden. Die so erzielten Errungenschaften werden man weniger, weil es dabei ohne viel Geschrei und Lärm abgeht, während der offene Kampf in viel größerem Maße die allgemeine Aufmerksamkeit erregt.

Man hat allerdings der wirtschaftliche Zusammenstoß der Unternehmer, ihre Zusammenhänge zu wähligen Verbindungen das Druckgefühl der Kapitalisten gestärkt. Ein Teil, der das langsam wollte. Deshalb auch die Mehrmacht der Arbeiter ist gewaltig gewachsen. Die Führung der Streiter hat eine gute Ausbildung erhalten, gut diszipliniert steht sie mit ihrer Rührung finanziellen Rückhalts dem Unternehmer zur Wehr und zum Angriff bereit gegenüber. Später jedem Kampf ist jetzt die Gefahr von Massenstreiks, die tief in das wirtschaftliche Leben einschneiden. Für den einzelnen beschlagen Arbeiter steht dabei nicht mehr auf dem Spiel als bei kleinen Streiks, bei Streiks, zu welchen nur beschließensmäßig wenige Personen beteiligt sind.

Was aber steht die Sache für das Unternehmertum. Spielt für einzelnen Unternehmer die Konkurrenz im eigenen Lande keine Rolle mehr, weil alle Unternehmer in den Kampf verwickelt werden, um so mehr wird bei einem länger andauernden Streit seine Stellung auf dem Weltmarkt bedroht. Das ist für viele Gebiete von ausschlaggebender Bedeutung. Sogar kommt, daß bei einem allgemeinen Kampf die Möglichkeit, dringende Arbeiten bei bestimmten Betrieben oder in anderen Orten fertigstellen zu lassen, beseitigt wird. Dieser letzte Punkt gegenüber den Interessen im eigenen Lande.

Die Konkurrenzbedingungen, die zurecht, wenn es sich darum handelt, in gleicher Weise die Arbeiterverhältnisse zu verbessern, können wieder auf, wenn die Entscheidung auf Krieg lautet soll. Kapitalistische Unternehmer können ein länger Koalitionsstreik nicht aushalten, viele Fabriken mit Klein- oder Mittelbetrieben betrieblen haben jedoch keine Schließung, wenn nicht der Unternehmer. Und sie können, oft nicht ohne Grund, daß sie bei protestantischen Streiks von den Großen über Ohr gehauen werden. Das trifft besonders dann zu, wenn es sich um Entscheidung in einem bestimmten Bereich handelt. Die großen Unternehmen, die mehrere Zweige umfassen, wie zum Beispiel Schmelzerei, Eiswerke, Zucker-, Getreide-Müllereien, Zement- u. dergleichen, haben bei Streiks in einem dieser Zweige einen großen Einfluß auf die Lage der in die Unternehmerrichtung gehörigen anderen Zweige. Klagen über solche Maßnahmen sind wiederholt als Unternehmerrichtungen laut

geworden. Auch erfahren die von den Großen in einen Kampf getriebenen Unternehmer schon wiederholt, daß die Mächtigsten ins Feuer fänden, damit dadurch ihre eigenen rüchpändigen Arbeitsverhältnisse, die ihnen die Möglichkeit zu einer Schmutzkur geben, nicht angegriffen werden sollen. So ergeben sich mancherlei Hemmungen, die die Macht der Unternehmerorganisation nicht unerheblich abschwächen.

Das Verhältnis zwischen Lohn und Alter.

Arbeiter verman, was ich, dein Arbeitgeber, dir einzuprägen wünsche: Dein Alter hat keinen Einfluß auf deinen Lohn; graue Haare füllen keine leeren Köpfe. Ich zahle meine Leute für das Jahr, nicht für ihre Jahre.

Ich werte die Leistung. Ich werte deine Förderung. Ich beurteile den Arbeiter nur nach seiner Arbeit. Ich kaufe keine Kraft genau so, wie ich die Werkstatteinrichtung kaufe. Ich brauche die Maschine, menschliche oder mechanische, die mit der höchsten Vollkommenheit und geringsten Vergeudung arbeitet; die mit höchster Schnelligkeit und geringstem Irrtum läuft. Ich nehme das Modell, das mir höchsten Profit aufhäuft und ich kümmer mich keinen Deut darum, ob es sechzehn oder sechzig Jahre alt ist, ob es im Jahre 1830 oder 1914 erfunden wurde.

Die Handelswelt wird von Religionslosen beherrscht. Der Fortschritt kann nicht gehemmt werden durch Frömmerei und Aberglauben vergangener Tage. Der Unstichtige plübert den Kampf. Befriedigung, geregelt nach dem Dienstalter, ist ein veralteter Brauch, eine ungesunde Theorie, die abgelegt wurde, als ich das Pferd durch den Motor, den Schreiber durch den Stenographen ersetzte.

Ich schätze nur, was ein Arbeiter schafft, nicht was er war. Ich fahre meinem Betrieb neues Blut zu, nicht, indem ich das Alter hege, sondern indem ich es verjügere. Wie länger Frucht dieser Erde ich dürre Bäume aus. Ich kann mir nicht gefallen, dirrem Solge Raum zu geben. Der Wettbewerb ist zu scharf für Gefühlsduselei. Ich kam dem Wettbewerb von außen nicht widerstehen, wenn ich ihn innen nicht ermunte.

Das Gesetz vom Ueberleben des Passendsten ist unbarmherzig, aber gerecht. Die Natur schuf es, ehe es der Mensch annahm. Ersetzung durch die Verdienste ist unermesslich. Du wendest soll bezahlt für frühere Berrichtungen. Vom Anfang an verlangtest du einen Lohn so groß, wie deine Fähigkeiten heischten. Als du wertvoller wurddest, hast du immer und überall deinen Vorteil wahrgenommen. Während deines Wandstums predichst du immer die Hand nach dem vollen Betrag deines zugekommenen Wertes aus. Solltest du das aber unterlassen haben, um so schlimmer für dich. Ich habe gegen dich keinerlei Verpflichtung. Unsere Rechnung wurde Woche für Woche bereinigt.

Wenn dein Geist auf der Höhe der Stunde ist, will ich den Tag deiner Geburt vergessen. Aber wenn du aufhörst, dich neuen Ideen anzupassen, wenn du dich gegen Neuerungen und Erfindungen verschließt, wenn du nicht deine Anpassungsfähigkeit beschleunigst und du an veralteten Gewohnheiten hängst, wenn du dich leiten läßt von zerrigen Einwirkungen selbst von heutigen Beschreibungen, wenn du sagst, du seiest zum Beschlagen zu alt, dann bist du auch sicherlich zum Arbeiter zu alt. Du kommst dem, was nicht erwartet, daß ich neue Schichten mit abgenutztem Waffengang schlage.

Der Kapitalisten Bäume wachsen auch nicht in den Himmel. Noch lange nicht! All ihre Konkurrenz können darüber nicht hinwegtäuschen. In einem Klein verfahren die Schmarbenerorgane, die Organisation der Unternehmer sei unüberwindlich, ihre Stärke moche die Gewerkschaften kampfunfähig, nehme ihnen jede Erfolgsmöglichkeit, und dann rufen sie in beweglichen Tönen um Staatshilfe gegen die gefährliche Macht der Arbeiterorganisationen! Die Unternehmer wissen ganz genau, daß den Gewerkschaften noch viele Machtweiten offenstehen. Darin soll eine reaktionäre Gesetzgebung das Koalitionsrecht verhindern. Die Unternehmer wissen, daß die Gewerkschaften ihre Macht, ihren Einfluß noch erheblich stärken können, wenn nur die Indifferenzen zur Einsicht kommen und sich den Verbänden anschließen. Das ist der kluge nambe Punkt: Die Unternehmer sind besser organisiert als die Arbeiter! An diesen selbst liegt es, den Vorprung der Unternehmer weitzumachen. Geheißt das, bleibe auch die Erfolge nicht aus.

Direkte und indirekte Erfolge wird man auch in Zukunft huchen können. Mehr und mehr verbreiten die Gewerkschaften Aufklärung über die gemeinsamen sozialen und hygienischen Verhältnisse. Sie beizügen dadurch die Deszipliniertheit auf, können das soziale Gewissen, über einen Druck aus auf die Gesetzgebung. Die Erfolge nach dieser Richtung werden wenig beachtet, sie können rechnerisch gar nicht erfaßt werden. Aber sie sind gewisslos von der größten Bedeutung. Und bei dieser Tätigkeit stehen die Gewerkschaften ebenfalls noch große Weiten offen, sie dürfen auf Erfolge, Macht, Einfluß und größeren Einfluß rechnen.

Das Maß ist abhängig von der Organisationsstärke der Mitglieder, von ihrem Eifer in der Gewinnung neuer Mitkämpfer.

Die Macht der Gewerkschaften ist nicht unbegrenzt. Aber sie können ihren Einfluß noch gewaltig steigern, zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft. (Deherr. Metallarbeiter.)

Der Einzug der Jugend in die Gewerkschaften.

Den handwerkstüchtigen jungen Proletariats, die im Frühlehr die Schule verlassen, um als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter in Gewerbe, Fabrik, Handel, Verkehr zu einzutreten, ziehen gewissermaßen ein anderer Ende der Linie ebenfalls handwerkstüchtige junge Proletarier gegenüber, die ihre gewerkschaftliche Berufslaufbahn beendet haben und nun als Arbeiter tätig sind. Endlicher berühren sie noch bis auf weiteres in dem Betriebe, in dem sie ihre Lehrtage bestanden haben oder sie verlassen ihn und treten nach Erlangung von Bekämpfung in einen anderen Betrieb ein. Je nachdem handelt es sich dabei um junge Berufarbeiter von 16, 17 oder 18 Jahren.

Solche Arbeiter werden immer mehr einbezogen, um den Arbeitersektor zu vergrößern. Für den eingetretenen jungen Arbeiter wird vielleicht ein „Mutter“ Arbeiter entfassen oder es wird mit ihm der Kampf die prätere Entlassung eines solchen freigeschaffenen Arbeitsplatzes beschloß. Die Unternehmern haben die jungen Arbeiter gerne, weil sie eine frische und unerschrockene Arbeiterschaft mitbringen und sich mit dem handwerklichen Können der alten Arbeiter auszeichnen. Die jungen Arbeiter treffen in vielen Betrieben Arbeits- und Lebensverhältnisse, die durch die gewerkschaftliche Tätigkeit gestärkt

wurden. Sie sind oft das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe zwischen dem Unternehmertum und der organisierten Arbeiterschaft, die dafür in vielen und heftigen Kämpfen die schwersten Opfer persönlich und materieller Art gebracht haben. Wenn man ein geschichtliches Schlachtfeld betritt und sich die blutige Schlacht vergegenwärtigt, in der tausende braver Männer den Tod fanden oder für ihr Leben zu Krüppeln wurden, so wird man von seinen Betrachtungen tief ergriffen und wehmütig gedenkt man der gefallenen menschlichen Wesen, durch die in tausende von Familien großes Leid und Unglück gebracht, ganze Völker auf lange Zeit hinaus unglücklich gemacht worden sind.

Die gegenwärtigen kapitalistischen Betriebe sind beständige wirtschaftliche Kampfplätze und die jungen Arbeiter, die sie betreten, können sich vergegenwärtigen, wie viele Reibungen, Auseinandersetzungen, Vergewaltigungen, Maßregelungen zc. hier schon vor sich gegangen, Lohnbewegungen, Streiks, Sperren, Aussperrungen, Verhaftungen in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse zur Befestigung von Mißständen und Serbifizierung besserer und erträglicherer Zustände vorgekommen sein mögen. Sind diese Zustände aber trotzdem noch nicht befriedigend, so mag sich der junge Kollege sagen, wie mag es da erst vor Jahren, vor dem Auftreten und Eingreifen der Arbeiterbewegung ausgesehen haben, wie würde es ohne diese Reformarbeit heute aussehen! Und wenn die Verhältnisse in Betrieben nicht befriedigend sind, so soll sich gerade der junge Arbeiter damit nicht mit stumpfer Gehirnslosigkeit zufrieden geben oder den „Schläuer“ spielen, der es mit dem Unternehmer und seinem Beamtenstab nicht verdröben, sondern im Gegenteil bei ihnen gut angeschrieben sein und es den „anderen“ überlassen will, bessere Verhältnisse zu schaffen. Gerade der Jugend steht stumpfe Zufriedenheit und Feigheit am schrecklichsten an. Die herrschenden Klassen fordern von der proletarischen wie von der bürgerlichen Jugend den höchsten Mannesmut zur Verteidigung des Vaterlandes, das heute das Vaterland der Reichen ist; sie belegen die Feigheit mit den härtesten Strafen und so gehen denn auch die Proletarier um bunten Rock mit Todesverachtung in den Krieg, wenn sie dazu kommandiert werden.

Diesen proletarischen Mannesmut mögen unsere jungen Arbeiter auch im unblutigen wirtschaftlichen Kampfe zwischen Arbeit und Kapital betätigen zum eigenen persönlichen Besten und zum Vorteile der ganzen Arbeiterklasse.

Wo die Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftliche Tätigkeit befriedigend gestaltet wurden, da gilt es, das Errungene zu behaupten und in Uebereinstimmung mit der weitem technischen und kulturellen Entwicklung sie auch fernerhin noch zu verbessern, fortzubilden und angenehmer zu gestalten.

In dem einen wie im anderen Falle ist es immer die Gewerkschaft, auf die der Arbeiter sich verlassen muß. Sie allein ist berufen und fähig, auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und des ganzen Arbeitsverhältnisses einen bestimmenden Einfluß auszuüben, und sie vermag das mit um so mehr Erfolg, je mehr der in Betracht kommenden Arbeiter ihr als Mitglieder angehören. Vor allem gehören aber die jungen Arbeiter in die Gewerkschaft, um da mitzugehen, Schüler an Schülern mit den älteren Kollegen, die Verhältnisse fortwährend zu verbessern, um einmal die eigene Jugend angemeiner zu gestalten und soeben Zukunftsarbeit zu verrichten, vorzuarbeiten für die Zeit, da aus dem jungen lebigen Arbeiter von heute ein produktiver Familienverwalter geworden ist, der gerne seinen Kindern ein besseres Los, eine schönere Zukunft bereiten möchte.

Und daraus hineten mit der proletarischen Jugend in unsere Gewerkschaften! Bekanntlich haben mehrere Gewerkschaften Bekämpfung- und Jugendabteilungen, mit denen zum Teil gute Erfahrungen gemacht wurden. Die Verarbeitbarkeit dafür ist um so dringender und unerlässlich, als die bürgerlichen Jugendfreunde“ aller Art auf der ganzen Linie am Werke sind, die proletarische Jugend für sich zu erobern und damit der freien Arbeiterbewegung den Boden zu entziehen, so daß sie im Laufe der Zeit mit Notwendigkeit verschwinden möchte. Zu diesem Zweck haben die reaktionären Regierungen und Parteien eine offene Hand und bewilligten Millionen Mark, die auch die Gelber der proletarischen Stenerzahler sind, um „Jugendfreibund“, „Jugendwehren“, „Jugendhelfer“, „Wanderbügel“ zc. zu unterstützen und zu fördern und die proletarische Jugendbewegung auszurotten. Dazu kommen noch Kartellvereine und die Jugendabteilungen der bürgerlichen Parteien („Jugendzentrum“, „Jugendliberale“, „Jugendfreisinnige“ zc.), konfessionelle „Jugendvereine“, die Beeinflussung der Jugend durch die Fortbildungsinstitutionen, kommen die „Gelben“ u. s. w. Es ist die reinste Verlogenheit, die die herrschenden Klassen hinter der proletarischen Jugend her ausführen, um sie zu „arbeitswilligen Patrioten und Helden“, zu beherrschbaren, aufstrebenden und feigen Sklaven des Kapitals, zu politischem Stummheit der bürgerlichen Parteien zu machen. Das wird mit anerkanntem Offenheit auch direkt ausgesprochen. So schrieb die Weimarerische Zeitung, ein Regierungsorgan, unter anderem: „Das erhobene und erstrebenswerte Ziel der konservativen Parteien muß es sein, unsere Jugend politisch zu erziehen, sie aufzurufen zu einem tapfern, ehrlichen Kampf gegen alle vaterlandsfeindlichen Bestrebungen. Die Jugend soll und muß die Kerntruppe bilden, die den demokratischen Anführern gegen Monarchie und Christentum einen festen Damm entgegensetzt, an dem sie maßlos abrotten. Die Schulunterricht müssen mit staatlicher Bestimmung erfüllt werden, es muß ihnen gezeigt werden, daß sie dem Staat alles verdanken und nur durch ihn leben, sie müssen belehrt werden über die Ehrenpflichten unseres Landes. Aus diesen Gründen (zur Bekämpfung des Unfortschritts) muß die Jugend auch in die praktische Politik eingeführt werden. Sie muß angeleitet werden über Wesen, Grundzüge und Ziele unserer politischen Parteien; wichtige politische Streit- und Tagesfragen müssen eingehend mit ihr erörtert werden; sie muß aber auch geschult werden in der Kunst des Debattierens, denn gewählte Redner, die auch insofern sind, den Gegner schlagfertig zu widerlegen, sind für den politischen Kampf eine unbedingte Notwendigkeit. Ein großes, weites Arbeitsfeld für unsere konservativen Parteien!“

Während hier offen der politische Drill der Jugend als Ziel gesetzt wird, verfährt gleichzeitig die Polizei die freie Jugendbewegung wegen angeblicher politischer Betätigung. Das ist die Offenheit und Rücksichtslosigkeit des kapitalistischen Klassenstaates.

Von dem Ziele des „Jugendzentrums“ sagt die in Berlin erscheinende katholische Germania: „Jugendzentrum will vor allem auf politischem Gebiete der sozialdemokratischen Jugendbewegung und ihrem Organ, der Arbeiterjugend, ein Gegengewicht schaffen. Wenn man bedenkt, daß die sozialistische Arbeiterjugend bereits handwerkstüchtigen Abenteurern hat, wird man die dem Jugendzentrum aufzulegende Aufgabe nicht gering schätzen dürfen.“ Der Windthorst-Vertrag ist die politische Jugendorganisation des Zentrums, die die auf sich zuweilen gezielten Agitatoren heranzubilden soll. Man kann sich danach schon einen Begriff machen, wie die von dem neuen Organ vermittelte politische Schulung aussehen wird.

In der Zeitchrift Wir sind Deutschlands Jugend, die in Fortbildungsschulen als „Lehrmittel“ eingeführt ist und die die Proletarier mit ihrem sonst verdienenden Fleißigen geangewöhnt abonnieren sollen, wird folgende poetische Erbauung gegeben: Wir sind Sozialdemokraten, wir sind Freunde des Lichts. Wollert! Wir essen gern Schinken und Brot, und arbeiten tun wir nichts! Wollert!

würde, daß den Arbeitern genügend Werkzeuge zur Verfügung stehen. In dieser Beziehung mangelt es an allem; da fehlt es an Schaufeln, Wasserleitern, Handsegen, selbst nicht einmal fehlerfreie Hämmern sind vorhanden, die die Arbeiter bei ihrer Arbeit notwendig brauchen. Infolge des Fehlens dieser Werkzeuge werden die Arbeiter im Arbeiten nicht unwesentlich behindert. Dieser Zustand wird durch die Spitzbüberei, die auf dem Werk, besonders aber im Maschinenwerk und in dieser Abteilung verbreitet ist, noch bedeutend verschlimmert. Die Werkzeuge der Formner werden vielfach aus den verschlossenen Schränken und Kisten gestohlen, aber das nicht allein, auch Kleidungsstücke und andere Sachen sind schon oft abhanden gekommen. Die Betriebsleitung hätte da alle Ursache, einmal etwas besser nach dem Rechten zu sehen, aber dazu hat man scheinbar keine Zeit, man hat Wichtigeres zu tun, nämlich die Arbeiter fortgesetzt antreiben und beschämen zu lassen. Die den Arbeitern abhanden gekommenen Sachen werden von der Firma nicht einmal ersetzt, wozu sie verpflichtet wäre. Die dienstbaren Geister, Meister und eine Anzahl Vorarbeiter, wollen die Gunst des neuen Herrn erwerben, auf diese Weise entsteht ein wahrer Wettlauf unter ihnen, in der Antreibererei der Arbeiter das höchste zu leisten. Der eine will immer den andern übertreffen. So soll es schon wiederholt vorgekommen sein, daß der Meister des Morgens, noch mit Ueberzieher und Hut versehen, vor 6 Uhr durch den Betrieb rannte und mit den Worten, die man allerdings vor diesem Ranne den ganzen Tag hören kann: „A, i m m e r l o s, v o r a n, v o r a n!“ die ankommenden Arbeiter zur Arbeit antreibt. Damit wollen wir nicht sagen, daß der Meister im allgemeinen ein Vorbild der Büchlichkeit wäre, o nein, er kann es in bezug auf Büchlichkeit auch anders, aber darüber ein andermal. Ist nun ein Arbeiter, der sich nicht alle diese Treiberereien, die oft das Schreckgefäß der Arbeiter werden, ruhig gefallen läßt, so wird er von den Vorgekehrten besonders aus dem Korn genommen. Einen solchen Arbeiter kann man im Betrieb nicht gebrauchen und es wird dann alles versucht, ihn aus dem Betrieb hinauszugraulen. Man zieht ihm vom Lohn ab, hält ihm vor, er arbeite nicht genug, um ihn zu veranlassen, selbst zu gehen, und greift erst dann zur Kündigung, wenn der Arbeiter den Wunsch der Herren nicht erfüllt. Ein solcher Fall spielte sich wieder am 1. April ab. Als dem betreffenden Arbeiter gekündigt wurde, wollte dieser, da er sich nichts zuschulden hatte kommen lassen, den Grund dafür erfahren. Der Vorgesetzte, den er vom Meister und Betriebsleiter erhielt, befriedigte ihn nicht, und er äußerte, sich weiterwenden zu wollen. Ob man nun befürchtet hat, der Arbeiter würde, wenn er an die höheren Stellen kommt, schließlich manchen erzählen, was man nicht gern hat, oder ob andere Gründe vorhanden waren, wissen wir nicht, kurzum — es wurde verhindert, daß sich der Arbeiter beschweren konnte. Er wurde einfach am nächsten Morgen nicht mehr in den Betrieb hineingelassen. Man handigte ihm beim Portier Papiere und Lohn für 14 Tage im voraus ein und verweigerte ihm auch hier, seine Beschwerde bei dem Herrn Direktor Schaff oder Generaldirektor Baare vorzubringen. In nur sehr wenigen Fällen wird es Arbeitern gelingen, mit ihren Beschwerden nach oben zu gelangen. So steht das Beschwerderecht der Arbeiter des Bochumer Vereins aus. Bei dieser Gelegenheit sei noch auf einige große Mißstände in der Stahlgießerei verwiesen, die die Gesundheit der Arbeiter zu untergraben geeignet sind und dringend der Abhilfe bedürfen. Es sind das die Trockenkammern, die mit Generatorkengas geheizt werden. Dieses Gas ist sehr viel Ruß ab, und deshalb müssen die Rohrleitungen fast jeden zweiten Tag gereinigt werden. Diese Reinigung erfolgt nun nicht nach Feierabend oder wenn der Betrieb ruht, sondern während der Arbeitszeit. Die ganze Gießerei wird dann von Gas und Ruß erfüllt, selbstverständlich auch die Atmungsorgane der Arbeiter. Ein weiterer Uebelstand ist das Vorhandensein der Holzkohle, wo dem einzelnen Arbeiter zugemutet wird, vier Köcher loszustufen. Die Herren, die solchen Anweisungen an die Arbeiter stellen, sollten nur selbst einmal vier Köcher losstoßen, damit sie überhaupt einmal einen Begriff von dieser Arbeit bekommen. Auch das *S t r a f f e m* kommt gegenwärtig immer mehr in Wäule. Wegen jeder Kleinigkeit wird gebohrt und bestraft. Wenn wegen der wegen Antreibererei einmal ein Stück Arbeit nicht so sauber ausfällt, wie es wünschenswert wäre, so ist natürlich der Arbeiter schuld und er wird dafür bestraft. Wenn aber die Meister etwas verstehen, wie zum Beispiel, daß die Charge zu klein oder durch zuviel Schlacke die Stücke auszufallen werden, dann trägt kein Mann danach. Daß bei Fassonarbeit nicht so gearbeitet werden kann wie bei Spezialarbeit, sollte auch ein Betriebsleiter wissen, und daher sind Anweisungen wie: die Fassonformer müßten noch mehr angetrieben werden, bis sie genau so arbeiten wie die Förderformer, nicht recht verständlich. Das Sprechen im Betrieb soll jetzt ebenfalls verboten werden, und die Vorarbeiter sind besonders darauf aufmerksam gemacht worden, wenn sie Arbeiter miteinander sprechen sehen, diese zu melde und zu bestrafen. Die Herren mögen aber bedenken: allzu scharf macht schattig, und die Zellen ändern sich. Durch solches Vorgehen können sich Verhältnisse entwickeln, die den Herren noch sehr unangenehm werden können. Hier wäre vielleicht die Frage aufzuwerfen: Ist die Werkleistung mit diesem Vorgehen einhergegangen? Wenn nicht, dann wird es höchste Zeit, daß sie eingreift, damit ein geachtliches Zusammenarbeiten zwischen Arbeiter und Betriebsleitung möglich wird. Selbst die sogenannten national gesinnten Arbeiter, die sonst mit den Vorgekehrten durch jedes hurrapatrische Die und Dumm gehen, empfinden das Beschwerderecht beim Bochumer Verein als Verhöhnung.

Frankenthal-Worms. Der Streik der Formner und Gießereiarbeiter bei der Firma *S o h. G u t m a n n* in Frankenthal ist beendet. Bei Verhandlungen mit dem Vertreter des Metallindustrieverbandes wurden folgende Einigungsbedingungen festgelegt: Alle gelehrten Arbeiter erhalten die Arbeitsstunden 2,5, ungelernete Arbeiter 1,5 Lohnzulage. Alle Arbeiter werden bis 25. April eingestellt. Keine Maßregelungen.

Gelsenkirchen. Bei der Gelsenkirchener *P e r g w e r k s - A t t i e n g e s e l l s c h a f t*, Abteilung Schaller Gruben- und Hüttenverein, dem gewaltigen Unternehmen, das gleich Krupp ein Aktienkapital von 180 Millionen hat, lassen leider auch die Arbeiterfürsorge und die Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig. In wenigen Jahren ist diese Gesellschaft durch Verschmelzungen und andere Maßnahmen an die Spitze der gemischten Werke zu stehen gekommen. Ihr Wachstum und ihr Gelingen ist echt „amerikanisch“. Wie sie ihre Machtstellung immer mehr erweitert, so amerikanisch oder noch viel mehr russisch sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Fast immer sind ihre Agenten im Osten, um neue Arbeitskräfte hierher zu holen. An Versprechungen gegen diese Leute mangelt es nicht, auf das Solchen der Versprechungen wird aber wenig Wert gelegt. Beim Schaller Gruben- und Hüttenverein, der ungefähr 6000 Arbeiter beschäftigt, hören jeden Monat tausend und mehr wieder auf, sie lehren den unglücklichen Hallen den Rücken. Es ist dabei ohne Einfluß, ob es Winter ist oder ob eine Krise das Wirtschaftsleben erschüttert. Ein Beweis, wie die Arbeitsverhältnisse im „Reiche kirchlich“ sind. Aber auch ein Teil der Vorgekehrten, besonders einige Meister, tragen mit dazu bei, daß nun der „Lohnbeschlag“ immer belastet bleibt. Der Obermeister Zinnis in der Fassongießerei III und sein Famulus Meister *K o m p e r n a s* sind sehr selbstherrlich, der Obermeister wird wegen seines Weizens der „Herrgott von Hüllen“ genannt. Die Krise wurde dazu benutzt, den Verdienst der Formner bedeutend zu drücken. Bei der guten Geschäftslage verdiente jeder Formner in dieser Abteilung nicht unter 80 % die Stunde, sobald aber bemerkbar wurde, daß viele Formner am Tor standen, fiel der Lohn; wer anfangen wollte, mußte schon für 70 % die Stunde arbeiten, auch ist sehr oft noch weniger gezahlt worden. Es ist dabei zu bemerken, daß nur ältere Formner eingestellt werden, die auf große Arbeit eingearbeitet sind. Es kommen hier Stücke in Frage, die oft 60 Zentimeter wiegen. Es wird eben nur die Kollage der Formner ausgenutzt, und der Herr Obermeister ist dadurch eine gute Nummer bei der Direktion besser angesehen. Da die Unzufriedenheit über die geringe Entlohnung unter den Formnern immer größer wurde, ist der *S t u d e n t e n* eingeführt worden. Da zeigte sich besonders der Meister *K o m p e r n a s* als der „Hilfslose“, so daß der Herr Obermeister oft die Preise aufwerten mußte. Infast nur dafür zu sorgen, daß gutes Material, Formmaschinen in genügender Zahl vorhanden sind, und daß die Formner nicht stundenlang auf die Arbeit warten müssen, macht man es umgekehrt, durch ungenügende Preise

will man die Arbeit verbilligen. Dazu braucht aber kein Meister die Hüttenstraße zu besuchen, das haben andere auch ohne dieses Studium schon fertig gebracht. Durch das hastende Arbeiten ist erst vor einigen Tagen ein Turbinengehäuse von 17 Zentimeter Gewicht auf den Bruchbau gekommen. Infast beim Ausleeren das Gehäuse ausgeben zu lassen, wurde einfach das Bild an den Kran gehängt und herausgezogen, was zur Folge hatte, daß es in der Mitte ausstrahlendbrach. Nun muß natürlich der durch den Meister *K o m p e r n a s* verursachte Schaden durch Abzüge bei den Formnern wieder herausgeholt werden. Es war sonst immer der Stolz des Obermeisters Zinnis, daß seine Werkstatt kein Laubenschlag war; dadurch war auch die Leistung in dieser Rube eine gute, was das Ansehen des Obermeisters bei der Direktion erhöhte. Wenn aber die jetzigen Verhältnisse bestehen bleiben sollen, wird wohl Herr Zinnis sich bei besserer Geschäftslage Formner werden lassen müssen. Die Formner werden sich dann bedanken, unter solchen Verhältnissen zu arbeiten. Er darf sich nicht einbilden, daß die Formner zu großem Danke verpflichtet sind, bei ihm arbeiten zu dürfen. Vielleicht wird die Direktion den Herren Meistern auch einmal den Brotkorb höher hängen; dann denken diese auch wieder einmal daran, wie es den Arbeitern zumute ist. Das Strafsystem, das früher recht milde angewendet wurde, ist zu einer großen Plage für die Arbeiter ausgewachsen. Es ist vorgekommen, daß Kollegen, die das ganze Jahr nicht zu spät gekommen sind, aber dann doch einmal verschlafen hatten und erst um 7 oder um 8 Uhr kamen, für einen halben Tag, ja sogar für einen ganzen Tag nach Hause geschickt wurden. Wie wäre es nun, wenn den Herren Vorgekehrten das gleiche geschähe, aber mit Gehaltsabzug? Bei denen kommt das Zuspatkommen ziemlich oft vor. Es waren bisher die lüchligsten Meister nicht, die nur darauf bedacht waren, durch hohe Strafen und sonstige Schikanen der Arbeiterkraft ihre Macht zu zeigen. Das sollte sich auch der Obermeister Zinnis merken. Alle Tage hängt jetzt ein neuer Anschlag da mit Ungedon, was alles bestraft wird. Nur nicht den Bogen zu straff gespannt, Herr Obermeister! Daß Herr Zinnis kein Freund des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist, erklärt sich wohl nach seinen sonstigen Leistungen. Bei jeder Gelegenheit läßt er diese Feindschaft merken. Trotzdem hat er seine Rube voll von unglücklichen Kollegen. Auch in Zukunft wird das nicht anders werden, Herr Obermeister. Diesen Kampf gegen den verhassten Verband haben schon ganz andere Leute ohne Erfolg geführt, ohne Vorbeeren zu ernten. Wir können den Herren zu ihrem eigenen Besten nur raten, ihr Verhalten zu bessern. Es kommen auch wieder andere Zeiten, wo die Formner gesucht werden und der Herr Obermeister Zinnis und sein Meister Herr *K o m p e r n a s* froh sein werden, tüchtige Leute zu bekommen. Wenn sie aber den *A s t* abfagen wollen, auf dem sie sitzen, so ist das ihre Sache.

Klempner.

Breisach in Baden. Seit einem Jahr hat die Firma *K e l l e r* (Wadensfabrik) ihren Betrieb von Freiburg i. Brsg. hierher verlegt. In Freiburg waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt, und wenn auch hin und wieder einmal kleine Differenzen ausbrachen, die durch die persönlichen Eigenschaften des Herrn *K e l l e r* nicht zu vermeiden waren, so konnte doch immer noch durch Verhandlungen eine Verständigung erzielt werden. Die Firma hat den Tarif gekündigt, ihren Betrieb nach Breisach verlegt, einen Teil der Arbeiter unter Versprechungen mit hierher gezogen, um hier nun den Betrieb neu zu „organisieren“. Das geschah in der Weise, daß die mit noch Breisach genannten Kollegen hier Hilfsarbeiter anlernen sollten, damit die Wadens in Masse angefertigt werden können. Die Geschichte dauerte aber nicht lange; die durch Versprechungen herbeigekommenen Kollegen schüttelten sehr bald den Breisacher Staub von ihren Füßen und ließen *K e l l e r* mit seinen angeleiteten Leuten sitzen. Jetzt ging die Firma dazu über, in vielen Wätern tüchtige Wadensklempner zu suchen, denen auch wieder die größten Versprechungen gemacht wurden. Es fanden sich auch Arbeiter, weil ja leider die ungünstige Wirtschaftslage viele Arbeitslose geschaffen hat und weil es viele Kollegen leider verdrängen, bei der zuständigen Ortsverwaltung anfragen, ob es rasam sei, in einem Betrieb in Arbeit zu treten. Die Entlohnung trat auch hier immer sehr schnell ein und die Kollegen waren um eine bittere Erfahrung reicher. Aus dem Angeführten ergibt sich, daß eine Arbeitsaufnahme bei der Firma nicht zu empfehlen ist.

Essen (Ruhr). *T a r i f a b s c h l u ß.* Mit dem 17. April dieses Jahres ist im Innungsbezirk der Klempner- und Installateurinnung Essens ein Tarifvertrag in Kraft getreten. Derzeit im November des Vorjahres wandte sich der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierte Gesellenausschuß an den Innungspräsidenten, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Später fanden dann wiederholt Verhandlungen mit der Innung statt, an denen außer dem Gesellenausschuß vom Deutschen Metallarbeiter-Verband die Genossen *W a l l b r e c h t* und *G ä h n e n* teilnahmen. Durch den abgeschlossenen Tarifvertrag ist die wöchentliche Arbeitszeit von bisher 60 auf 56 1/2 Stunden herabgesetzt worden. Die Stundenlöhne sind erhöht worden, so daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Verminderung des Verdienstes ausgeschlossen ist. Daneben sind folgende Mindestlohnhöhe festgesetzt worden: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit freie Vereinbarung; im zweiten Jahre 42 bis 46 %, im dritten Jahre 48 bis 52 %, von da an 53 bis 58 %; selbständig arbeitende Gesellen 60 bis 65 %. Die Löhne erhöhen sich im April 1915 um 1 %. Für Ueberstunden werden 20 Prozent, für Nachtarbeit 50 und für Sonntagsarbeit 75 Prozent Zuschlag bezahlt. Reinigung verlosener Klosetts wird mit 50 %, besonders vergütet. Arbeit in einer Höhe von 30 Metern wird mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Außerdem sind noch Bestimmungen über Fernarbeiten getroffen worden. Der Vertrag ist ein nennenswerter Fortschritt, wenn er auch nicht in vollem Umfange erfüllt, was die Kollegen gefordert haben. Zum guten Teil ist er als ein Erfolg früherer Kämpfe anzusehen. Die Essener Klempner haben jetzt die Verpflichtung, auf Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen zu achten und Verstöße dagegen im Verbandsbureau zu melden.

Polen. Der Klempnerstreik wurde erfolgreich beendet.

Stuttgart. Die Bewegung der Flaschner und Installateure ist mit dem Abschluß eines dreijährigen Vertrages auf dem Wege der Verhandlungen erledigt worden. Die Arbeitszeit wird jetzt auf 56 Stunden, 1915 auf 55 Stunden und 1916 auf 54 Stunden vermindert. Die bisherigen Tariflöhne werden in diesem Jahre um 1 %, 1915 um 2 %, und 1916 in den beiden unteren Stufen um 1 %, in den anderen Stufen um 2 % erhöht. Zulagen bei Uebernachten betragen 45 Prozent des Verdienstes, jedoch nicht unter 2,50 M. für Verheiratete, nach dreijähriger Beschäftigung nicht unter 3 M. Höherer Bericht folgt.

Mechaniker.

Kassel. Die Firma *G a h n* (Mittengesellschaft für Mechanik und Optik in Springhausen bei Kassel) sucht fortwährend in den Fachzeitschriften und vereinzelt auch in der sozialdemokratischen Parteipresse Feinmechaniker, Optiker, Dreher, Graveure etc. für dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst. So mancher Kollege aus diesen Berufen hat sich durch das Verlockende dieser Anzeigen dazu verleiten lassen, seine vielleicht gestohlene Arbeit aufzugeben, um bei der Firma *G a h n* einzutreten. In letzter Zeit mußten diese durch Anzeigen herangeholten die Erfahrung machen, daß von einer andauernden und lohnenden Arbeit nicht die Rede sein kann, sondern daß meistens schon nach 14 Tagen die „Herrlichkeit einer gestohlenen Existenz“ das Ende erreicht hat. Die hauptsächlichste Schuld daran trägt das ausgefüllte Arbeits- und Abfordersche, nach dem geradezu unerhörte und oftmals unmöglich zu erfüllende Anforderungen an die Kraft des Arbeiters gestellt werden. Dabei handelt es sich um Betriebe immer nur um Spezial- und Präzisionsarbeiten erster Güte, in die sich auch jeder einzelne, mag er in seinem Berufe sonst noch so tüchtig sein, erst bei längerer Beschäftigung einarbeiten kann. Die Herren müssen jeweils von der ersten Stunde an in Abfordersche eingearbeitet werden. Und so kommt es, daß der Neueintretende und Nichtverpflichtete der Firma hätte erwarten dürfen. Zurzeit hat die Firma sehr wenig Aufträge, so daß in einzelnen Abteilungen eine

Einschränkung der sonst üblichen achtstündigen Arbeitszeit auf sechs Stunden erfolgt ist. Wenn trotzdem von der Firma Gesuche nach Arbeitskräften erfolgten, so nur zu dem Zwecke, Versuchsläutungen für „Mordregullierungen“ heranzulassen.

Metallarbeiter.

Dresden. Zum Kampfe der *Z i g a r e t t e n m a s c h i n e n - f a h r e r* bei der trustbetriebe Firma *D e n t b a z e* (Fab. Sugo Rieck in Dresden) diene zur Aufklärung folgendes: Im April 1913 lehnte die Firma den Abschluß eines Tarifvertrages mit der Organisation ab. Dafür wurde ohne Verständigung mit den Arbeitern ein Prämienlohnsystem eingeführt, die Tourenzahl der Antriebsmotoren der Maschinen wurde erhöht und dadurch war ein wilder Konkurrenzkampf zwischen den Arbeitern, Arbeiterinnen, Meistern und Direktoren zur Erlangung möglichst hoher Prämien entfesselt. Eine weitere Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses trat ein, als die Firma zu Weihnachten von 38 Maschinenführern 10 entließ, darunter die ältesten, und mehrere Maschinen unter Aufsicht von Meistern durch Arbeiterinnen bedient wurden. Inzwischen sind noch einige Maschinenführer verdrängt worden. Anfangs März verlangte die Firma Ueberstunden einzustellen, nicht eingehalten wurde, haben die Maschinenführer und Arbeiterinnen die Leistung von Ueberstunden abgelehnt. Ende März verweigerte die Betriebsleitung den Maschinenführern den garantierten Wochenlohn, worauf diese am 4. April bei der Firma folgende Forderungen einreichten: Das Prämienlohnsystem wird abgeschafft. Den betreffenden Maschinenführern wird eine entsprechende Aufbesserung des Wochenlohnes als Ausgleich zuteil. Der feste Wochenlohn wird beibehalten. Ferner sollte 14tägige Kündigung eingeführt werden. Die letzte Forderung ist neu, aber bei den Maschinenführern üblich. Die anderen Forderungen bezwecken nur Wiederherstellung des Arbeitsverhältnisses der Maschinenführer, wie es vor April 1913 bestanden hat. Die Arbeiterkraft wird erfrischt, die Maschinenführer in ihrem Kampfe zu unterstützen und Zugang von Schloßern, Drehern etc. streng fernzuhalten.

Hamburg. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 15. April im Gewerkschaftshause ihre allgemeine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung enthielt als ersten Punkt: Abrechnung vom 1. Quartal 1914 und Geschäftsbericht; als zweiten Punkt die diesjährige Maifeier. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Er zeigte eine weitere bedeutende Steigerung der Ausgaben an Erwerbserlöse. Im Vergleich zum 4. Quartal 1913 ergab sich folgendes Bild: Ausgabe für Arbeitslose im 4. Quartal 1913 an 2326 Mitglieder für 51 077 T. 62 258,80 M., im 1. Quartal 1914 für Arbeitslose an 2628 Mitglieder für 60 880 T. 72 872,85 M., also eine Steigerung um 10 614,05 M. An Kranke wurde bezahlt: 4. Quartal 1913 an 1338 Mitglieder für 33 325 T. 35 750,30 M.; im 1. Quartal 1914 an 1752 für 43 557 T. 44 979 M., ebenfalls 9228,70 M. mehr. Diese Mehrausgaben geben ein Spiegelbild über die weitere Verschlechterung der Geschäftslage. Den Geschäftsbericht gab der Bevollmächtigte *H. K e m p l e n s*. Er verwies zunächst auf das ungünstige Bild der letzten Abrechnung, wo ein Mitgliederverlust von 3295 Kollegen bekannt gegeben wurde. Dieser starke Mitgliederverlust war jedoch nur scheinbar, in Wirklichkeit war er geringer. Das ungünstige Bild ergab sich daraus, daß zunächst eine größere Anzahl von Mitgliedern infolge der Nachwehen des Winterarbeiterkampfes mit den Beträgen im Rückstand waren; ferner kam hinzu, daß im Monat Dezember an den Feiertagen nicht laffert wurde und dadurch der Gesamtmarkenumsatz geringer war. Die Mitgliederzahl selbst wird jedoch in der Welle festgestellt, daß die im Quartal verlaufenen Beitragsmarken durch 12 dividiert werden, so daß dadurch der scheinbare Verlust an Mitgliedern jutage tritt. Die Markenrückstände wurden im 1. Quartal bereits zum größten Teile ausgeglichen, so daß eine Steigerung der Mitgliederzahl um 2058, von 22 820 auf 24 878 eingetreten ist. Neben bemerkt, es sei notwendig, in diesem Punkte eine volle Klarstellung zu geben, weil der vermeintlich starke Mitgliederverlust der Verwaltungsstelle Hamburg auch der gegnerischen Gewerkschaftspresse Veranlassung gegeben habe, falsche Schlussfolgerungen zu ziehen, indem man den Winterarbeiterkampf dafür verantwortlich gemacht habe. Es dürfe mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Verlust an Mitgliedern auf den Werften im Prozentmaß nicht größer sei als in den Landbetrieben; zur Zeit der Krise müsse jedoch überall mit einem Rückgang der Mitgliederzahl gerechnet werden. Als weniger erfreulich jedoch bezeichnete *K e m p l e n s* die fehlende Mithrilität innerhalb des Verbandes. Es müsse leider festgestellt werden, daß eine unentbehrbare Mithrilität sich bemerkbar gemacht habe. Diese setze sich hauptsächlich in dem schlechtesten Versammlungsbefuche, über den fast bei allen Gruppen und Betrieben zu klagen sei; daran sei allerdings auch ein Teil der Delegierten mitschuldig, weil auch bei diesen eine Gleichgültigkeit eingetreten sei, die der Gesamtheit nicht dienlich sein könne. Im Anknüpfung an diese Ausführungen wurde über die wichtigsten Vorläufer in der Verwaltungsstelle im vergangenen Quartal berichtet. Der letzte Bericht wurde vom zweiten Bevollmächtigten *R o s c h* ergänzt und darauf einer allgemeinen Aussprache unterzogen. Zum zweiten Punkt, die diesjährige Maifeier, lag eine vom Delegiertenkörper in Vorbereitung gebrachte Resolution (*W i t t m a n n - G a r d e r*) vor, zu der Koch die einleitenden Ausführungen machte. Das Endergebnis der daran anschließenden, äußerst lebhaften Erörterung war die Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung hält die Arbeitsruhe für die würdevollste Form der Maifeier. In Anbetracht der jetzt herrschenden schwierigen Verhältnisse in verschiedenen zu unserer Organisation gehörigen Betrieben steht sie zwar davon ab, die Kollegen auf der ganzen Linie zur Arbeitsruhe zu verpflichten, erwartet aber, daß jeder Kollege, dem dies ohne schwere wirtschaftliche Schädigung möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt.“

Landenwalde. Die Schleifer der Firma *A. W a r t o s i t* (Metallwerk, Inhaber Landenwalde) wurden ausgesperrt, weil die Kollegen nicht willens Abzüge und Schikanierungen über sich ergehen ließen. Zugang von Schleifern, Glänzern und Polierern ist streng fernzuhalten.

Schwemningen a. N. Wir sehen uns genötigt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der *F a r i a - A p p a r a t e - F a b r i k* Schwemningen einmal in der Metallarbeiter-Zeitung zu besprechen, da diese Firma ständig in ganz Deutschland tüchtige Mechaniker und Maschinenführer bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung sucht. Schon dieser Umstand allein sollte den Kollegen zeigen, daß in dieser Rube nicht viel los sein kann; trotzdem laufen diese Anfragen aus allen Gegenden ein, die sich nach den Verhältnissen erkundigen, aber viele Kollegen reisen ohne Anfrage aus, um dann natürlich nach einigen Tagen dieses Dorades schon wieder zu verlassen. In der Fabrik, die etwa 110 männliche und 50 bis 60 weibliche Personen beschäftigt, wurden früher in der Hauptstadt Glühlampen hergestellt. Es ist eine Filiale der bekannten Wägenherren *F a r i a - J a h l e r - W e r k e*. Seit Mitte des vorigen Jahres verfertigt das Schwemninger Werk hauptsächlich elektrische Kleinmotoren, Ventilatoren, Gasmeßapparate etc., welche Artikel ebenfalls in Wägen hergestellt werden, um unser Verband mit der Fabrikstellung einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, der, wenn in Schwemningen eingeführt, mit einem Male den Lohnbeschlag und den chronischen Mangel an tüchtigen Arbeitern beseitigen würde. Während nämlich in Wägen kein Tarif für Mechaniker, Uhrmacher, Maschinenführer unter 20 Jahren 48 % Mindestlohn bezogen wird, wird in Schwemningen ein Stundenlohn von *h ö c h s t e n s* 40 % für Leute dieses Alters bezahlt, in der Regel aber 32 bis 36 % ohne Abfordersche. Ueber 20 Jahre alte Kollegen erhalten in Wägen 55 %, in Schwemningen dagegen höchstens 46 %. Die Arbeiter verdienen im Abfordersche 60 % die Stunde durchschnittlich. Sobald einer darüber berrednet, kommt gewöhnlich ein Abzug, und zwar immer mit der Begründung, daß in Wägen mit niedrigeren Abfordersche gearbeitet wird als in Schwemningen. Man kennt ja die Gründe zur Genüge, die zur Gründung von Tochter- oder Filialbetrieben führen. Neben der Erparnis von Transport- und Zollkosten ist es in der Hauptstadt darauf abgesehen, die Arbeiter des Hauptgeschäftes gegen die der Filiale und umgekehrt auszuspielen zu können. Das erfahren wir wiederholt in

den Metallarbeiten. Die eingezogenen Erleichterungen ergaben sich, daß in München ein Drittel, zum Teil sogar die Hälfte mehr beschäftigt wurde für eine Arbeit als in Schwemtingen. Mehrmals suchten wir schon in Betriebsbesprechungen zu den Metallarbeitern Stellung zu nehmen, was aber leider durch den allzu großen Wechsel der Kollegen und die große Zahl beschäftigter Italiener beider Geschlechter sehr erschwert wurde. Als wir uns einmal schriftlich an die Firma wandten, teilte sie uns mit, daß sie uns nicht als berechtigt anerkenne, uns in die inneren Verhältnisse der Firma einzumischen. Diese Felleh mögen nun dazu dienen, den Zugang von Arbeitskräften möglichst einzuschränken, vielleicht wird dann die Firma geneigter.

Stuttgarter Streik. Zum Streik kam es in den Kattorfwerken von C. H. W. in Cannstatt und von Reutter & Co. in Stuttgart. Für beide Firmen und ihre Arbeiterbestände bestand seit dem Jahre 1911 ein Lohn- und Arbeitsvertrag. Er wurde am 1. April d. J. von den Firmen gekündigt. Das ließ schon auf Ableistungen der Firmen schließen. Die Arbeiter wollten Arbeit erhalten. Die Arbeiter kamen diesem Verlangen entgegen. Natürlich wollten auch sie jetzt, nach Kündigung des Vertrags, ihre Forderungen entsprechend Lohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung, Abschluß eines neuen Vertrags. Nun aber zeigte es sich, was der tiefere Grund der Vertragskündigung durch die Firmen war. Sie wollten keinen Vertrag mehr haben, wollten keine Mindestlöhne mehr festsetzen. Nur in die Arbeitsordnungen sollten Bestimmungen über die Abgabe aufgenommen werden; freilich im Sinne der Firmen. Alle Bemühungen der Arbeiter, eine friedliche Lösung auf der alten Grundlage herbeizuführen, scheiterten an dem harten, ablehnenden Verhalten der Firmen und des Verbandes Metallarbeiter. Der Verband Metallarbeiter sucht durch seine Arbeitsnachweise in allen Städten Arbeitswillige. Er sagt dabei nicht, daß es sich um Streikarbeit handelt. Wenn Arbeiter dann in gutem Glauben nach Stuttgart kommen, erfahren sie erst hier, daß sie als Streikbrecher verdorben werden sollen. Nehmen sie dieses kleine Kästchen ab, dann bekommen sie vom Arbeitsnachweis keine Arbeit mehr vermittelt. Es heißt dann: entweder Streikbrecher werden - oder zurückgehen, woher man gekommen ist. Die Arbeiter, den Zugang von Metallarbeitern, Holzarbeitern, Sattlern und Radierern streng fernzuhalten. Die beiden Firmen sind gelippt.

Ums. D. Terrorismus. Im Schwarzwälder Tagblatt Nr. 88 steht folgende Notiz aus Ulm: „Der 31. Jahre alte ledige Arbeiter E. Fischer ließ sich gestern abend zum Zuge überfahren und war sofort tot. Fischer, der in der Fabrik von Wetland beschäftigt war, hatte als Mitglied des katholischen Arbeitervereins fortwährend unter der Drangsalierung seiner Arbeitskollegen, die den freien Gewerkschaften angehörten, zu leiden, so daß er schwermütig wurde und zum Selbstmord schritt.“ In echt „christlicher“ Weise wird hier wieder mit der Wahrheit umgegangen. So viel Worte, so viel Mühen! Fischer war im Lagerhaus beschäftigt, wo nicht ein einziger Freiorganisationer arbeitete. In der ganzen Fabrik von Wetland, die ungefähr 700 Arbeiter beschäftigte, ist die Zahl der Freiorganisationisten, wie überhaupt der Organisierten aller Schattierungen so gering, daß es geradezu unvorstellbar ist, wie eine derartige Notiz entstehen kann, die doch nur den Zweck hat, die freien Gewerkschaften zu verleumden. Es ist daher kein Zufall, daß der Einzige der Notiz sich an das Schwarzwälder Tagblatt wandte; wenn nur irgend ein flüchtiges Wortchen an der Geschichte wäre, das die falsche Deutung der Ereignisse, die es enthält, zu Tage fördert, hätte Fischer sich nicht so leicht ein Schicksal, das er bei dem Metzger bedacht hat. Das Wort der Organisationisten ist die Freizügigkeit der Arbeiter der Firma Wetland auch nicht erkannt. Sie sagen noch „in alte Metalle: Freund ich bin zufrieden, geh es wie es will.“ Nach 20jähriger Dienstzeit erhalten sie eine goldene Uhr und nach 40jähriger ein Diplom und eine Spargelkassette. Sie bedenken nicht, daß sie selbst es sind, die Uhr und Spargel in der langen Zeit doppelt und dreifach verdienen müssen. Die Röhne sind, geringe Ausnahmen abgesehen, schlecht. Mancher würde sich gerne der Organisation anschließen, aber mit einem Lohn von 16, 17, 18 M können sie den Betrag nicht leisten. Gehalt und Gehalt sind nicht, aber davon wird es nicht besser. Auch wurde schon oft der Wunsch geäußert, hier müsse die Organisation einreisen. Das ist einfach unmöglich. Ohne Gott keine Ernte! Ohne Organisation keine Verbesserung der Lebenshaltung. Das müssen sich alle Arbeiter merken. Also: Einzug in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Beiträger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für März 1914.

Berufe	Arbeitsnachweis		In Arbeit	
	1. März 1914	31. März 1914	1. März 1914	31. März 1914
Gas- u. Wasser-Arbeiter	268	114	93	394
Postler	206	118	123	224
Lehrer	122	50	10	149
Handwerker	113	103	33	153
Arbeiter	2	5	6	2
Zusammen	813	406	266	861

Unter den 266 Bemittelten im März 1914 sind 122 noch unbemittelte Personen.

Berufe	Arbeitsnachweis		In Arbeit	
	1. März 1914	31. März 1914	1. März 1914	31. März 1914
Gas- u. Wasser-Arbeiter	37	11	6	6
Postler	36	6	6	6
Lehrer	2	1	2	2
Handwerker	10	2	2	3
Zusammen	85	20	17	17

Rundschau.

Was eher gelte.

Wann sollen die Metallarbeiter in Deutschland, die im Gelben sind in Augsburg schon seit einigen Jahren eher ganz benachteiligt werden? Die Metallarbeiter in Deutschland sind in der letzten Zeit der gelbe Unterdrückungsprozess in der höchsten Ausprägung. Wo der Gewerkschaftler u. B. in der Dürren Dr. Sagenhaime mit der Frau Pfeiffer sich durch einige Jahre für die Gelben und grünen Gesetze in der Metallindustrie aufhalten. Wenn es noch den großen Spitzboden gegeben hätte, die in den Jahren 1907 und 1908 die Firmen Sattler u. Köpfer, dann hätte den Metallarbeitern schon längst das letzte Glänzchen weggenommen. Tatsächlich ist es etwas anders gekommen. Aber haben die Gelben die Gewerkschaften unterdrückt und haben die gelben Metallarbeiterorganisationen die große Unterstützung, die sie nach den Spitzboden der Übergabe in der letzten Zeit bekommen hatten. Freilich, bei der Betriebskündigung in der am 2. März 1914 abgeschlossenen ersten arbeitsrechtlichen Metallarbeiterversammlung des gelben Metallarbeiterverbandes von Augsburg hat man den Metallarbeitern noch kein Wort ge-

nommen. Danach soll die „wirtschaftsfeindliche Arbeiterbewegung“ auch im Jahre 1913 „ganz gewaltige Fortschritte“ gemacht haben. Mit den Zahlen nehmen die Herren es inbesseren nicht genau und darum geben sie die Gesamtzahl der Mitglieder in Deutschland auf „zirka 250 000“ an. Der Bund deutscher Werkvereine (Eigener Mitglieder hat „zirka 130 000“ Mitglieder. Der Bund hatte 1911 58 585 Mitglieder. Diese Zahl liegt in den letzten folgenden Jahren auf 85 000 und 110 981. Der Zuwachs kommt hauptsächlich von dem Anstich solcher gelber Vereine, die bisher allein gestanden hatten. Rechnen wir nun noch hinzu, daß 1913 der schlechte Geschäftsgang fast einjähig und daß die Gelben gerade in diesem Jahre einen sehr großen Mitgliederzuwachs erholten, so muß man schon sagen, daß der Zuwachs auf „zirka“ 120 000 (wieviele fehlen darunter?) nicht groß erscheint. Wenn wir einbilden annehmen, daß diese Angaben richtig sind, so sind die Augsbürger Gelben jedoch an dem „gewaltigen Fortschritt“ unschuldig, denn sie hatten am Anfang des Jahres 2580 Mitglieder, am Ende jedoch nur 2410, also 170 weniger. Es waren ausgetreten insolge „Abgangs vom Werk“ 376. Es ist anzunehmen, daß die meisten von diesen wegen Arbeitsmangel entlassen worden sind. Dies bestätigt auch der Bericht in der Welt, dem die Augsbürger Gelben (Nr. 14 vom 4. April), indem er sagt:

„Der anhaltend schlechte Geschäftsgang in der Maschinenindustrie hatte fast allgemein Arbeiterentlassungen zur Folge, wovon auch unsere Mitglieder nicht verschont werden konnten. Durch den Abgang mußten die Betroffenen naturgemäß auch aus unserm Verein ausscheiden, wodurch sich der Rückgang der Mitgliederzahl erklärt.“

Ja, wenn das am grünen Holz geschieht, was soll dann am dünnen werden? Das „Welt Augsburg“ hatte im vorigen Jahre 4700 Arbeiter, von denen also reichlich die Hälfte im Werkvereln war. Und doch mußten Mitglieder von diesen den Betrieb verlassen. Wie sehen also, daß selbst in dieser Hochburg der Gelben diese Leute nicht sicher davor sind, arbeitslos zu werden, obgleich man doch so viel Rücksicht auf sie nimmt wie nur möglich. Das müssen sich alle merken, die in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit befallen werden und glauben, sich durch die Zwangsmittelhaftigkeit bei den Gelben vor der Arbeitslosigkeit schützen zu können. Es nützt ihnen nichts, daß sie darum ihre bei der Gewerkschaft erworbenen Rechte aufgeben und auf jedes Streben nach besserer Arbeitsbedingungen verzichten. Freilich, die Ober gelben werden nicht entlassen. Die sind höher vor der Arbeitslosigkeit, um so höher, je mehr sie von den Arbeitern auf gelbe Ganz Loden können. Was später aus den Arbeitern wird, ist Nebensache. Wenn das Geschäft flau geht, fliegen die Werkvereinsmitglieder ebenso leicht aufs Pflaster wie andere. Darum werden in Berlin auch schon Stimmen für eine gelbe Arbeitslosenversicherung laut. Dann wird es aber auch heißen: Wirtschaftsfeindlicher, gahle! Das wird für die nicht angenehm sein, denen die Gewerkschaftsbeiträge zu hoch sind. Einbehalten hat es inbesseren mit der gelben Arbeitslosenversicherung noch gute Wege und vorläufig bleibt den gelben Mitgliedern nur noch der Trost, daß sie der „Zentral-Unterstützungskasse der nationalen Arbeiter Deutschlands“ (Z. U. A.) beitreten können. Diese Kasse soll die Freizügigkeit der Mitglieder hinsichtlich Krankenerkrankung vollkommen wahren. Sie soll Mitglieder einer geschlossenen gelben Krankenkasse nach deren ordnungsmäßigem Austritt ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand übernehmen. Nach dem Bericht des gelben Vorstandes vom Werk Augsburg hatte die Kasse Ende Februar 1914 zirka 6000 direkte und zirka 10 000 indirekte Mitglieder. Nichts anderes, dieses ist wiederholende „Zirkel“. Die Zahl der Ortsgruppen (46) wurde der Vorstand ausnahmsweise genau angegeben; beim Vermehren hoptete es aber wieder. Hier heißt es wieder „zirka 20 000 M.“. Das ist für die Mitgliederzahl ein kümmerliches Ergebnis und der Trost mit dieser Kasse ist nur sehr mager. Von ihr schrieb der Vorwärts in seiner Nr. 97 vom 8. April folgendes:

„Mit großen Tantiem wurde vor zwei Jahren die Zentralunterstützungskasse gegründet; kurz Z. U. A. genannt. Mit dieser Einrichtung wollte man den freien Hilfslosen zu Leibe werden. Diese Kasse hat eine Reihe von Unternehmungen erdulden müssen. Was die gezielte Unterstützung schon eine sehr dürftige gegenüber den Leistungen anderer Kassen, so hatten die Mitglieder außerdem das Vergnügen, immerwährend Ertragsbeiträge zahlen zu müssen. Aber auch das half nicht viel, immer leerer wurde die Kasse, so daß vor kurzem die Leistungen ganz bedeutend gekürzt wurden. In jeder gelben Besprechung wird nun ein Appell an die Mitglieder gerichtet, tren zur Kasse zu halten und die Opfer nicht zu scheuen.“

Wenn das alles stimmt, was der Vorwärts hier schreibt, so braucht man sich über den schwachen Stand der Kasse nicht zu wundern.

Wir sind jedoch überzeugt, daß wir mit diesen Ausführungen einem großen Teil der Zwangs-Werkvereinsmitglieder nur dasselbe sagen, was sie schon längst durch eigene Erfahrung als wahr erkannt haben. Es ist nicht alles Gold, was gelb aussieht. Das haben sie sehr wohl gemerkt und wo sie glauben, es mögen zu können, vertragen sie den Obergelben gerne die Gefährdung, wie es zum Beispiel bei der Vertreterwahl für die Betriebskrankenkasse geschah. Am 7. November 1913 waren 40 Vertreter mit 30 Stimmen zu wählen. Die Gelben konnten nach dem Wahlergebnis nur 17 Vertreter und 24 Stimmen stellen. Am 15. Dezember fand die Betriebswahl statt. Da konnten die Gelben von 8 Stimmen nur 3 erlangen. Dies Ergebnis kann nur daher kommen, daß viele Werkvereinsmitglieder „unbekannt“ haben. Der gelbe Berichtsstatter sagt daraus auch folgendes Magelwort:

„Wenn auch das Wahlresultat gegenüber dem der vorjährigen Gewerkschaftswahl ein verhältnismäßig besseres genannt werden kann, so ist es doch noch sehr bedauerlich, daß unsere Mitglieder nicht voll und ganz für unsere Sache eintreten. Solche Mitglieder wollen wir lieber nicht haben und würde es uns viel angenehmer sein, wenn dieselben aus unserm Verein austreten würden. Ungefähr werden bestimmte zweifelhafte Charaktere ohne weiteres ausgeschlossen, denn wir wollen und müssen Mitglieder haben, welche für unsere Sache voll und ganz eintreten.“ „Eigene“ Mitglieder, die nur an den Vorteilen, welche unser Verein bietet, teilnehmen wollen, können wir nicht brauchen.“

Ohne Zweifel sind schon manchen Mitgliedern des gelben Werkvereins die Augen auf- und übergegangen von all den „Folgen“ des Werkvereins. Gewaltig niedergedrückte Arbeiterpreise und längere Arbeitszeit als in den derselben Firma gebundenen Betrieben in München und Nürnberg, das sind die Folgen des gelben Werkvereins. Es sind aber nicht alle Arbeiter des Werks Augsburg gewillt, daß sie Gelben in solcher Weise noch weiter zu ihrem Schaden wirken. In einer fast wöchentlichen Versammlung stellen sie folgende Forderungen auf: Arbeitszeitverkürzung auf 56 Stunden, 3 bis 5 1/2 Stundenlohn-Reduktion, vollständige Lohnzahlung, Herausgabe von Lohnbüchern, Reduktion der Arbeitszeit und noch einiges mehr. Die Betriebsleitung war sehr erstaunt, als eine Kommission der Arbeiter ihr diese Forderungen überreichte, erklärte jedoch nach einigen Tagen Bedacht, daß nur ein Teil der Arbeiterforderungen gestellt habe, daß die Gelben gar nichts wollten, ja sogar bagegen setzen. Zwar sei in München und Nürnberg die Arbeitszeit kürzer. Dort sei es aber auch mit der Arbeiterschaft anders. In Augsburg brauche man könne man das nicht nachmachen. Die Forderungen wollte die Firma „nach Umständen“ erfüllen. Sie machte das auch ohne Forderungen. (Die alte Kontrolle.) Es erklärte jedoch nach und nach etwa 1700 Arbeiter Forderungen von 1 bis 6 1/2 die Stunde. Auch das Wahlresultat nach Wahlen wurde berichtet. Die hierhergehörige Lohnzahlung besteht die Firma jedoch bei, wenn sie sich von Anfang an beschließt und die Mitglieder der Arbeiter“ selber nichts von ihr wissen könne. Auf die Entgegnung, daß dies nicht zuträfe, erklärte die Betriebsleitung, daß sie nur wisse, was der Arbeiterverein ihr mitteile. Da seien wir von einem,

das die Obergelben tun, was ihnen und der Firma angenehm ist. Die Wünsche der Mitglieder sind gleichgültig. Unter solchen Umständen war es natürlich nicht möglich, mehr zu erreichen. Auch eine Entgegnung an die Ortsgruppe Augsburg des Verbandes Bayerischer Metallarbeiter blieb erfolglos.

Dies Beispiel zeigt so deutlich wie nur irgend etwas, welchen Bloß die Arbeiter mit diesem gelben Verein aus eigene Bein gebunden haben. Kollegen, preist auf die „Bühnen“ der Unternehmerricht und nicht blenden durch die „großen“ Summen, die die Buz und Gelben dem gelben Verein fließen. Rechnet selber nach, wieviel davon im günstigsten Fall auf jeden einzelnen kommen kann und überlegt, daß, wenn einige mehr erhalten, dann aber auch jenseit andere leer ausgehen müssen. Und was die Unternehmer auf solche Weise „schenken“, das müßt ihr ihnen doppelt und dreifach ersetzen. Darum nehmt eure Sache selber in die Hand, schließt euch denen an, die all die Jahre hindurch trotz vieler Anfeindungen die Forderung der Gewerkschaft hochgehalten haben! In München und Nürnberg „ist auch die Arbeiterbewegung anders“. Beherzigt diese Lehre, die die Betriebsleitung auch selber gegeben hat und schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an!

Politische Tätigkeit der gelben Organisationen.

Da gegenwärtig die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes dahin geht, unsere Gewerkschaften unter die politischen Vereine zu reihen, sei einer hohen Behörde ihre Aufgabe etwas erleichtert und ihr einige Tatsachen unterbreitet, die ihrem scharfen Auge bisher entgangen zu sein scheinen. Es handelt sich um die gelben Organisationen, die sich im Westen Deutschlands Werkvereine, im Osten reichstreue Vereine nennen. Der Titel „Gewerkschaft“ kommt jenen Vereinen nicht zu. Dagegen werden sie sämtlich zu den politischen Vereinen zu zählen sein, wie sich aus nachstehenden Feststellungen ergeben dürfte.

Zu den ältesten gelben Organisationen in Deutschland gehören die reichstreuen Bergarbeitervereine in Schlesien und im Ransfelder Revier. (Gegründet 1890 und 1891.) Nach außen geben sie sich als Unterstüßungs- und Geselligkeitsvereine mit gewerkschaftlichem Einschlag. Die Art ihrer Haupttätigkeit kennzeichnet sie jedoch als politische Wahlvereine im Dienste der Reichspartei. Ihre Vereinsorgane - in Schlesien Feiernabend des Arbeiters und im Ransfelder Revier der Ransfelder Bergbote - sind politische Zeitungen und bei Reichs-Vorstands- und Kommunalausschüssen in freier Konvention dem Sinne tätig. Politische Behörden, die dem Reichsvereinsgesetz Geltung verschaffen wollen durch den Nachweis der politischen Haltung jener Vereine und ihrer Organe, werden keine Mühe damit haben. Jeder Jahrgang enthält zehrende Beweise. So ist in einem Bericht des Feiernabends, in dessen Nummer vom 26. November 1910 über eine Verbandsversammlung der reichstreuen Bergarbeitervereine vom 20. November 1910 zu lesen:

Ganz besonders interessant gestaltete sich die Besprechung über die Stellungnahme zu den nächsten Reichstagswahlen. Der aus Berlin (als möglicher Kandidat) erscheinende, in der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich eifrig und erfahrene Baron v. Reibnitz hielt einen längeren Vortrag, in dem er sein Programm entwickelte. Verschiedene andere Redner erwähnten die Kameraden, schon jetzt in den Vereinen auf die kommenden Wahlen hinzuwirken, damit nicht erst im letzten Augenblick, also zu spät, die Wahlarbeit einleitet.

Zu bemerken wäre hierbei noch, daß dieser freikonservative Wahlverein Jugendliche von 14 Jahren zu seinen Mitgliedern zählt.

Mit gleichem Eifer widmeten sich die reichstreuen Vereine im Ransfelder Revier und der Bergbote den Wahlgeschäften bei der Reichstags- und Landtagswahl. So erschien für die Landtagswahl im Jahre 1911 der Wahlaufruf für den Konserativen Kandidaten v. Cassel im Bergboten Nr. 29 von 1911, mitunterzeichnet von den Leitern der reichstreuen Vereine.

Genauso, so handeln die gelben Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nur der eine Unterschied besteht, daß im Westen die politische Tätigkeit der Werkvereine ausschließlich der nationalliberalen Partei zugute kommt. Überblaus ist hier die gelbe Arbeiterbewegung noch jung und konnte erst in letzter Zeit - vor allem bei den Gemeindevahlen - politisch wirken. Aber gerade auf diesem Gebiete haben die Werkvereine als Wahlvereine sich am besten gut eingefügt. Einige Beispiele:

1. Der Werkverein der Zeche Karl Funke beschloß in seiner Versammlung am 16. November 1913 folgendes Beschlüsse bei der bevorstehenden Gemeindevahlenwahl und stellte die Kandidaten auf.
2. Im Werkverein der Zeche Rosenblumendelle-Sumboldt hielt in der Versammlung am 16. November 1913 ein Herr Jost eine Rede zur bevorstehenden Stadtvorordnetenwahl und erwähnte zur Unterstützung der Kandidaten des Reichsbereins.
3. Der Werkverein der Zeche Freie Vogel und Unberhofft hatte am 20. Oktober 1913 eine Versammlung, die zur bevorstehenden Gemeindevahlenwahl Stellung nahm. Am 29. November 1913 konnte die Vereinsleitung folgende Meldung veröffentlichen:

Bei der Gemeindevahlenwahl am 17. dieses Monats, an der sich unser Verein zum erstenmal beteiligte, haben wir gezeigt, daß Disziplin in unserm Verein herrscht. Wir haben 119 Stimmen, die Sozialdemokraten dagegen nur 145 aufgebracht. Bravo! Die angeführten Tatsachen sind angenommen dem Werkverein in Offen. Dasselbe Blatt bringt gelegentlich auch Berichte über die Erfolge gelber Wahlvereine in anderen Teilen Deutschlands. Zum Beispiel in Nr. 12, 1914:

In Weiskamer O.-L. wurde der zweite Vorsitzende des vaterländischen Arbeitervereins mit 779 Stimmen in die Gemeindeverwaltung gewählt; der Genosse erhielt 431 Stimmen.

Zehnmalige gute Erfolge hatten die Mitglieder des Werkvereins Thale aufzuweisen. Ihr Kandidat siegte in Meinfeld in der zweiten Abteilung mit 65 gegen 5 rote Stimmen, und in der dritten Abteilung mit 148 gegen 38 sozialdemokratische Stimmen.

Aus den Berichten in der Zeitung Der Werkverein geht hervor, daß die Werkvereine in ihren Versammlungen vorwiegend politische Themen behandeln. In letzter Zeit unter anderem auch in folgenden Werkvereinen:

- Zeche Langenbrunn: Hier hielt der Vorsitzende Kluge am 11. Januar 1914 einen Vortrag über die Sozialdemokratie.
- Zeche Wolfshant und Neumeier: Am 7. Februar 1914 hielt der Vorsitzende Goltz einen Vortrag über die sozialdemokratische Partei. Reichsvorstand Dortmann-Gamm sagte am 22. Februar 1914 den Beschlüssen, gegen die rote Woche der Sozialdemokratie Front zu machen.
- Zeche De Wendel: Die Versammlung am 1. März 1914 befaßte sich mit der Sozialdemokratie und deren roter Woche.
- Zeche Dorfheld hatte am 8. März Versammlung. Hier berichtete der erste Vorsitzende Schulte von der roten Woche der sozialdemokratischen Partei und empfahl Gegenmaßnahmen.
- Werkverein Rhönung, Dortmund, befaßte sich in zwei Versammlungen mit der gleichen Sache, am 6. und am 13. März 1914. Das erste Mal sprach der Vorsitzende und ein Herr Werner, das zweite Mal der zweite Vorsitzende.
- Werkverein Union (Dortmund) ging noch gründlicher zu Werke. Hier sprach in zwei Versammlungen - am 26. Februar und am 28. März 1914 - der erste Vorsitzende Werner über die rote Woche und die Sozialdemokratie. In einer dritten Versammlung des Vereins am 19. März hielt ein Kaufmann Paul Hoffmann einen Vortrag über die rote Woche, sowie über die Lehren von Ratz und Engels.

Es wurden weiter politische Reden gehalten in den Versammlungen der Werkvereine: Emil Hoffmannshütte, wo am 29. März der Leiter des Jugendvereins Pöcher sprach, auf Zeche Hüler und Neund, wo der Sozialistischer Schulte am 29. März sprach und auf Zeche Jollverein, wo

am 28. März Steiger Lagemann vor jugendlichen Bergarbeitern einen politischen Vortrag hielt.

In der Zeitung der Gelben in Rheinland-Westfalen, dem Werkverein, dem alle diese Bestellungen entnommen sind, findet man noch weiter Artikel über die Politik im In- und Auslande, über die Gefängnis- und Zentrums-Zeitungen z. Diese Zeitung wird von der Leitung der gelben Werkvereine den beim Militär dienenden Berufsmitgliedern unentgeltlich in die Kasernen geschickt.

Die kleine, sehr kleine Blätterliste mag für heute genügen. Die hier angeführten Verhältnisse beschränken sich nur auf die gelben Vereine und auch nur auf zwei Industriezweige und eine Industriezweiggruppe.

Oberpräsident und Landrat als Förderer der „Wirtschaftsfriedlichen“.

Der Vorwärts vom 14. April enthält folgenden Brief: „Der königliche Landrat des Kreises Salzwehel.“

Salzwehel, den 24. März 1914.

Der Ausschuss zur Förderung der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung in der Provinz Sachsen hält die Anstellung eines Arbeiters für die Arbeit in Stenografie notwendig und den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu für gut geeignet.

Der Herr Oberpräsident beauftragt, am Montag den 6. April cr., 5 1/2 Uhr nachmittags, in Stenografie im Landratsamt mit den Vorständen der Wirtschaftsfriedlichen und dem hiesigen Oberbürgermeister über die Beratung zu beraten und dazu die nötigen Persönlichkeiten aus diesen Kreisen hinzuzuziehen, von welchen ein gewisses Interesse für diese Frage erwartet werden darf.

Ich lade Sie in der Auftrag des Herrn Oberpräsidenten zu dem gedachten Besprechungstermin ergebenst ein und ersuche im Behinderungsfalle um gefällige umgehende Benachrichtigung.

Gewerkschaftliches.

Waler. Beim Verband der Waler, Kohlerer, Kupferer, Zinnerer und Weißbleicher ist die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 51 626 auf 47 511 zurückgegangen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die in Aussicht stehende Tarifbewegung während des Jahres 1912 dem Verbande besonders viele Mitglieder zugeführt hatte.

Gewerkschaftliche Sonderfahrten im Ostschiff.

Die Dresdener Ortsverwaltung unseres Verbandes sandte uns folgendes:

In der Erkenntnis, daß ein in seinem Berufs-tätigen Arbeiter dem Unternehmertum gegenübersteht als der minder schlichte, und daß ein Gewerkschafter, der auf Grund einer umfassenden Allgemeinbildung die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben klar zu erkennen vermag, auch ein guter gewerkschaftlicher Kämpfer ist, haben die Gewerkschaften seit langem eine umfassende fortgewerbliche und allgemeinwissen-schaftliche Bildungsarbeit in den Kreisen ihrer Mitglieder gepflegt.

Hatte die Dresdener Mitgliedschaft des Metallarbeiter-Verbandes bisher nur die Verkehrsmittel des Landes und des Wassers den gemeinsamen Arbeitertreffen nutzbar gemacht, so plant sie jetzt, auch das Hauptverkehrsmittel der Luft, den modernen Luftballon, in den Dienst der Sache zu stellen.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Plan in der Arbeiterschaft freundliche Aufnahme finden wird und daß alle, die eine Fahrt im Luftballon mitmachen können, für ihr ganzes Leben eine schöne Erinnerung daran behalten werden.

geht, sondern durch den Vortrag und den Auszug Gelegenheit zur Bereicherung ihrer Fach- und Allgemeinbildung erhalten haben.

Die P o l i t i k der S c h w a b i s c h e n P a r t i e und andere Schrift-mecherblätter mögen sich nun wieder über die „Begehrtheit“ der Arbeiter“ entziehen.

Wahlkreis Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

l. Der Bund der technisch-industriellen Beamten, der im Vor-jahre wegen der inneren Auseinandersetzungen drei Sitzungen ab-ordentlichen Bundestag ab.

Den Bericht des Vorstandes gab S o h l i c h. Er wies auf die Äußerungen und leider auch inneren Schwächen hin, die der Bund zu übersehen habe. Daß die Mitgliederzahl trotzdem gewachsen ist und besonders der junge Nachwuchs sich dem Bunde in immer stärkerer Maße zuwendet, ist ein Beweis für die innere Lebenskraft des Bundes.

In der mehrstündigen Besprechung wurde im allgemeinen Be-triebung mit der Tätigkeit des Vorstandes ausgeprochen. Eine Anregung von K u t t i c h (Duisburg), den Bund in Branchenabteilungen zu teilen, fand lebhaften Anklang.

Am zweiten Tage wurde der Punkt „Die Organisation der Werkmeister“ behandelt. Der Referent K r u g betonte, daß die Werkmeister den technischen Beamten zwar wirtschaftlich sehr nahe stehen, sie gehen aber aus den Reihen der Arbeiter hervor und erhalten ihre lebhaftesten und lebendigsten Einblicke in der Zeit, in der sie noch Arbeiter sind, so daß sie alle Dinge unter dem Gesichtswinkel des Arbeiters betrachten.

Der Vorstand schlug eine entsprechende Resolution vor. Der Korreferent K l o t t e r m a n n (Jena) betonte die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Berufsständchen und wandte sich lebhaft gegen den Standesbündel, dem man keine Ingegnisse machen dürfe.

In der Besprechung betonten die meisten Redner, daß man nicht untergeordnet leben aufnehmen dürfe, der sich Werkmeister nennt, daß aber unter den jungen, modernen Metallarbeitern eine lebendige Agitation entfaltet werden müßte.

Es folgt der Punkt der Tagesordnung: Die sozialpoli-tische Lage. Der Referent G r o n s i n wendet sich mit großer Schärfe gegen die Verhältnisse, die die Arbeiterklasse und die Reichstags der wichtigsten sozialen Aufgaben gegenüber zeigt.

Es folgten dann noch innere Angelegenheiten des Bundes (Vor-ratswahl, der Vorschlag und Statutenberatung).

Der Deutsche Werkmeister-Verband

(Sitz Düsseldorf) kann ausmehr auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Er wurde O t t o 1884 gegründet und hat jetzt 65 000 Mitglieder.

Rehring oder Giftarbeiter?

sk. (Nachdruck, auch im Auszuge, verboten.) Eine für das ge-mainte Gewerbe wichtige Entscheidung fällt am 15. April der Straf-senat des Sächsischen Oberlandesgerichts. Der Schöffensprecher D. u. G l a u c h a u bezieht, ohne eine Rehringprüfung gemacht zu haben, ein elektrisches Installationsgeschäft.

Manne ausschließlich ausgeschlossen worden. Seine Kenntnisse habe er nicht erlernen, sondern sich praktisch selbst erwerben sollen. Wenn er sich einige Kenntnisse ohne Anleitung angeeignet habe, so sei das noch kein Grund, um hieraus das Bestehen eines Lehrverhältnisses zu konstatieren.

Vom Ausland.

Osterreich.

Prag (Böhmen). Für deutsche Werkmeister, die in Prag bei der Firma S u r k a & S c h e d i arbeiten wollen, mögen folgende Stellen als Warnung dienen. Die Werkstatt dient als Anstalt für die Herstellung von Eisenbahnwagen. Die Arbeiter sind in schlechtem Zustande. Ein Deutscher macht Vorschläge, mit welchen Umständen dies verknüpft ist, so kann zu beschreiben. Als Beispiel wurden ihm zwei vierstündige Eisenstücke angeboten, die auch als Beispiel dienen sollten.

Frankreich.

wd. Frankreich steht noch immer an erster Stelle unter den Auto-mobilen ausführenden Ländern. Die vor kurzen veröffentlichten Statistiken der Zollbehörden weisen für 1913 wieder eine Steigerung der Ausfuhrzahlen nach, wenn auch die Erhöhung nicht der des vorhergehenden Jahres gleichkommt.

Table with 2 columns: 1913 and 1912. Rows include England, Belgien, Ungarn, Deutschland, Österreich, Brasilien, Spanien, Russland, Italien, Schweiz, Vereinigte Staaten.

Außer nach Belgien, Brasilien, den Vereinigten Staaten und Eng-land ist die Ausfuhr überall gestiegen. Vor allem nach Frankreich und Russland um je 4 1/2 Millionen Franken.

Der Automobilindustrie hat sich in den letzten Jahren die Auf-fahrtsgeschwindigkeit angeeignet, und für diesen neuen, auch von Frank-reich ausgehenden Industriezweig liegen für 1913 zum erstenmal die Ausfuhrzahlen festgestellt vor.

Die Besuche der französischen Unternehmer, des Taylor-System in der Metallindustrie einzuführen, wehren sich. Verschiedene Male haben sich schon die Arbeiter der Automobilindustrie gegen die Ein-führung dieses amerikanischen Arbeitsverfahrens wehren müssen.

Rumänien.

Der Vorstand des Rumänischen Metallarbeiter-Verbandes wocul hiermit die Kollegen, sich für die Firma R o m a n a A m e r i c a n a in P l o e s t i (Rumänien) anwerben zu lassen, weil die Ar-beiter bei dieser Firma einen Streik vorbereiten.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Zeitungszeitung 1914, die wie alljährlich im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint, ist in Wort und Bild aus befehlter Sprache an den Gehorden der proletarischen Kämpfer angelegten. Den Hiltshand schuf diesmal F i s s e S c h a p e.

den Metallarbeitern. Die eingezogenen Einkünfte ergaben sich, daß in München ein Drittel, zum Teil sogar die Hälfte mehr bezahlt wurde für eine Arbeit als in Schwertingen. Nichtsdestoweniger wurden wir schon in Betriebsverhältnissen zu den Metallarbeitern Stellung zu nehmen, was aber selber durch den allzu großen Wechsel der Kollegen und die große Zahl beschuldigter Italiener beider Geschlechter sehr erschwert wurde. Wir wie uns einmal schriftlich an die Firma wenden, teilte sie uns mit, daß sie uns nicht als berechtigter anerkennt, uns in die internen Verhältnisse der Firma einzumischen. Diese Felleir mögen nun dazu dienen, den Zugang von Arbeitskräften möglichst einzuschränken, vielleicht wird dann die Firma geneigt.

Stuttgarter Metallarbeiter. Zum Streit kam es in der Kasserierwerkstatt von G. J. Z. über in Kasserier und von Kasserier & Co. in Stuttgart. Für beide Firmen und ihre Arbeiterbestand bestand seit dem Jahre 1911 ein Lohn- und Arbeitsvertrag. Er bestand aus 1. April d. J. von den Firmen genehmigt. Das ließ schon auf Ablehnung der Firmen schließen. Sie wollten Lohnänderung einführen. Die Arbeiter kamen diesem Vorschlag entgegen. Schließlich stellten auch sie jetzt, nach Kündigung des Vertrags, ihre Forderungen: entsprechende Lohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung, Abschaffung eines neuen Vertrags. Nun aber zeigte es sich, was der tiefere Grund der Vertragskündigung durch die Firmen war. Sie wollten keinen Vertrag mehr haben, wollten keine Mindestlöhne mehr festsetzen. Nur in die Arbeitsbedingungen sollten Bestimmungen über die Löhne aufgenommen werden; freilich im Sinne der Firmen. Alle Bestimmungen der Arbeiter, eine friedliche Lösung auf der alten Grundlage herbeizuführen, scheiterten an dem harten, ablehnenden Verhalten der Firmen und des Verbandes Metallarbeiter-Metallindustrie. So kam es am 11. April in der einen und am 14. April in der anderen Firma zum Streit. In Betracht kommen Metallarbeiter, Holzarbeiter, Sattler und Lederarbeiter. Der Verband Metallarbeiter-Metallindustrie sucht durch seine Arbeitsnachweise in allen Städten Arbeitswillige. Er sagt dabei nicht, daß es sich um Streikarbeit handelt. Wenn Arbeiter dann in gutem Glauben nach Stuttgart kommen, erfahren sie erst hier, daß sie als Streikbrecher verwendet werden sollen. Nehmen sie dieses elende Ansehen ab, dann bekommen sie vom Arbeitsnachweis keine Arbeit mehr vermittelt. Es heißt dann: entweder Streikbrecher werden — oder zurückgehen, wogegen man gekommen ist. Wir eruchten, den Zugang von Metallarbeitern, Holzarbeitern, Sattlern und Lederarbeitern streng fernzuhalten. Die beiden Firmen sind gesperret.

Ums a. D. Terrorismuslüge. Im Schwarzwälder Tagblatt Nr. 88 steht folgende Notiz aus Ulm: „Der 31. Jahre alte letzte Arbeiter E. Fischer ließ sich gestern Abend vom Zuge überfahren und war sofort tot. Fischer, der in der Fabrik von Wieland beschäftigt war, hatte als Mitglied des katholischen Arbeitervereins fortwährend unter der Drangsalierung seiner Arbeitsbedingungen, die den freien Gewerkschaften angehörien, zu leiden, so daß er schmerzlich wurde und zum Selbstmord schritt.“ In echt „christlicher“ Weise wird hier wieder mit der Wahrheit umgegangen. So viel Worte, so viel Augen! Fischer war im Lagerraum beschäftigt, wo nicht ein einziger Streikarbeiter arbeitete. In der ganzen Fabrik von Wieland, die ungefähr 700 Arbeiter beschäftigt, ist die Zahl der Streikarbeiter, wie überhaupt der Organisierten aller Schichtungen so gering, daß es geradezu ungeschwehlich ist, wie eine derartige Notiz erscheinen kann, die doch nur den Zweck hat, die freien Gewerkschaften zu verkleinern. Es ist daher kein Zufall, daß der Einleger der Notiz sich an das Schwarzwälder Tagblatt wendet; denn nur irgend ein fälschliches Wahrheits an der Geschichte wäre, das die Organe der Schwarzen, der Schwäbische Volksbote, hätte früher mit Verwahrung die Gegenheit beim Schaf genommen. Die bei uns organisierten Kollegen müssen sehr, sehr vorsichtig sein in ihren Handlungen sowohl wie bei jedem Worte, denn es findet sich sehr leicht ein „Gott“, der bei dem Meister verknüpft. Den Wert der Organisation hat die Mehrheit der Arbeiter der Firma Wieland noch nicht erkannt. Sie fragen noch: „Was ist das?“, „Strom ist die Justiz, Geh es wie es will.“ Nach 40-jähriger Dienstzeit erhalten sie eine goldene Uhr und nach 40-jähriger ein Diplom und eine Sperrschlüssel. Sie bedenken nicht, daß sie selbst es sind, die Uhr und Schlüssel in der langen Zeit doppelt und dreifach verdienen müssen. Die Löhne sind, geringe Ausnahmen abgesehen, schlecht. Rauscher würde sich gerne der Organisation anschließen, aber mit einem Lohn von 16, 17, 18 M können sie den Betrag nicht leisten. Seltsam und geschmacklos wird oft, aber davon wird es nicht besser. Nach wurde schon oft der Wunsch geäußert, hier müsse die Organisation eingreifen. Das ist einfach unmöglich. Ohne Geld keine Stelle! Ohne Organisation keine Verbesserung der Lebenshaltung. Das müssen sich alle Arbeiter merken. Also: Einmütig in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Wahlleiter.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für März 1914.

Berufe	Arbeitsnachweise am 1. März 1914	Arbeitsnachweise am 1. März 1914	In Arbeit am 1. März 1914	Arbeitsnachweise am 1. März 1914
Ges. u. Wasser-Verleger	288	114	93	394
Druckerei	265	116	125	381
Polier-Verleger	189	50	10	149
Druckerei	118	102	36	158
Arbeiter	2	5	5	2
Arbeiter	—	19	19	—
Zusammen	848	406	266	851

Unter den 848 Bewilligungen im März 1914 sind 123 nach folgender Tabelle geordnet:

Berufe	Der Anzahl Bewilligungen bis zum 1. März 1914	Der Anzahl Bewilligungen bis zum 1. März 1914	Der Anzahl Bewilligungen bis zum 1. März 1914
Ges. u. Wasser-Verleger	57	11	6
Druckerei	56	6	6
Polier-Verleger	2	1	2
Druckerei	10	2	5
Zusammen	85	20	17

Rundschau.

Was einer gelben Gewerkschaft.

Während jeder der Metallarbeiter-Zeitung ist bekannt, daß die Gelben sich in Augsburg schon seit einigen Jahren einer ganz besonderen großen Unterdrückung durch die Unternehmungen erfreuen. Einmal nach der gelben Gewerkschaft in der heutigen Gewerkschaften, wo der Gewerkschaftler n. D. u. der Arbeiter Dr. Guggenheimer mit der Arbeiter-Pfeiffer sich durch eine Forderung für die Gelben und geringen Lohn gegen die Unterdrückung empfinden. Wenn es auch bei den Gelben gegeben gewesen wäre, die in den Jahren 1907 und 1908 die Firmen Guggenheimer & Co. hätten den Gewerkschaften schon längst die letzten Schläge schlagen müssen. Denn es ist etwas anderes, wenn man die Gelben die Gewerkschaften unterdrücken lassen, noch haben die gelben Gewerkschaften die große Unterdrückung erduldet, die sie nach den Angaben der Obergelben in der am 11. März 1914 abgehaltenen ersten öffentlichen Mitgliederversammlung des gelben Arbeitervereins von Augsburg bei dem Vorstand unter noch hell genug ge-

nommen. Demnach soll die „wirtschaftsfeindliche Arbeiterbewegung“ auch im Jahre 1913 „ganz gewaltige Fortschritte“ gemacht haben. Mit den Zahlen nehmen die Herren es insofern nicht genau und darum geben sie die Gesamtzahl der Mitglieder in Deutschland auf „zirka 250 000“ an. Der Bund deutscher Werkvereine (Gelber Arbeiter) hat „zirka 120 000“ Mitglieder. Der Bund hatte 1911 56 585 Mitglieder. Diese Zahl liegt in den letzten Jahren auf 35 000 und 110 991. Der Zuwachs kommt hauptsächlich von dem Anschluß solcher Vereine, die bisher allein gestanden hatten. Rechnen wir nun noch hinzu, daß 1913 der schlechte Geschäftsgang fast einsetzte und daß die Gelben gerade in diesem Jahre einen sehr großen Mitgliederzuwachs erlitten, so muß man schon sagen, daß der Zuwachs auf „zirka“ 120 000 (wieviele fehlen daran?) nicht groß erscheint. Wenn wir einsehen annehmen, daß diese Angaben richtig sind, so muß die Augsburger Gelben jedoch an dem „gewaltigen Fortschritt“ unglücklich, denn sie hatten am Anfang des Jahres 2580 Mitglieder, am Ende jedoch nur 2410, also um 170 weniger. Es waren ausgetreten infolge Abgangs vom Werk 376. Es ist anzunehmen, daß die meisten von diesen wegen Arbeitsmangel entlassen worden sind. Dies bestätigt auch der Bericht in der Wehr, dem Blatte der Augsburger Gelben (Nr. 14 vom 4. April), indem er sagt:

„Der anhaltend schlechte Geschäftsgang in der Maschinenindustrie hatte fast allgemein Arbeiterentlassungen zur Folge, wovon auch unsere Mitglieder nicht verschont werden konnten. Durch den Abgang mußten die Betroffenen naturgemäß auch aus unserm Verein aussteigen, wodurch sich der Rückgang der Mitgliederzahl erklärt.“

Ja, wenn das am grünen Holz geschieht, was soll dann am bürren werden? Das Werk Augsburg hatte im vorigen Jahre 4700 Arbeiter, von denen also reichlich die Hälfte im Werkereien war. Und doch mußten Mitglieder von diesen den Betrieb verlassen. Wir sehen also, daß selbst in dieser Hochburg der Gelben diese Leute nicht sicher davor sind, arbeitslos zu werden, obgleich man dort doch so viel Rücksicht auf sie nimmt wie nur möglich. Das müßte sich alle merken, die in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit befallen werden und glauben sich durch die Zwangsmitgliedschaft bei den Gelben vor der Arbeitslosigkeit zu schützen zu können. Es müßte ihnen nicht, daß sie durch ihre bei der Gewerkschaft erworbenen Rechte auf jedes Streben nach besseren Arbeitsbedingungen verzichten. Freilich, die Obergelben werden nicht entlassen. Die sind sicher vor der Arbeitslosigkeit, um so sicherer, je mehr sie von den Arbeitern auf gelbe Garn Loden können. Was später aus den Arbeitern wird, ist Nebensache. Wenn das Geschäft flau geht, fliegen die Werkereinsmitglieder ebenso leicht auf Pfahle wie andere. Darum werden in Berlin auch schon Stimmen für eine gelbe Arbeitslosenversicherung laut. Dann wird es aber auch heißen: Wirtschaftsfriedlicher, ach! Das wird für die nicht angenehm sein, denn die Gewerkschaftsarbeiters auf hoch sind. Einseitigen hat es insofern mit der gelben Arbeitslosenversicherung noch gute Wege und vorläufig bleibt den gelben Mitgliedern nur noch der Trost, daß sie der „Zentral-Unterstützungskasse der nationalen Arbeiter Deutschlands“ (Z. U. A.) beitreten können. Diese Kasse soll die Freizügigkeit der Mitglieder hinsichtlich Krankenunterstützung vollkommen wahren. Sie soll Mitglieder einer angeschlossenen gelben Krankenkasse nach deren ordnungsmäßigem Austritt ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitsstand übernehmen. Nach dem Bericht des gelben Vorstandes vom Werk Augsburg hatte die Kasse Ende Februar 1914 zirka 6000 direkte und zirka 10 000 indirekte Mitglieder. Wirklich, dieses oft wiederholende „Zirka!“ Die Zahl der Ortsgruppen (46) wurde der Vorstand ausnahmsweise genau angegeben; vom Verdienst geparate es aber wieder. Hier heißt es wieder „zirka 20 000 M.“ Das ist für die Mitgliederzahl ein kümmerliches Ergebnis und der Trost mit dieser Kasse ist nur sehr mager. Von ihr ist die Besatzung in seiner Nr. 97 vom 8. April folgendes:

„Mit großem Eifer wurde vor zwei Jahren die Zentralunterstützungskasse gegründet; kurz Z. U. A. genannt. Mit dieser Einrichtung wollte man den freien Hilfslosen zu Leibe rufen. Diese Kasse hat eine Reihe von Unterstellungen erdulden müssen. Was die angebotene Unterstützung schon eine sehr dürftige gegenüber den Leistungen anderer Kassen, so hatten die Mitglieder außerdem das Vergnügen, immerwährend Extrabeträge zahlen zu müssen. Aber auch das half nicht viel, immer leerer wurde die Kasse, so daß nur kurzgen die Leistungen ganz bedeutend gekürzt wurden. In jeder gelben Besprechung wird nun ein Appell an die Mitglieder gerichtet, treu zur Kasse zu halten und die Opfer nicht zu scheuen.“

Wenn das alles stimmt, was der Vorstand hier schreibt, so braucht man sich über den schwachen Stand der Kasse nicht zu wundern.

Wir sind jedoch überzeugt, daß wir mit diesen Ausführungen einen großen Teil der Zwangs-Werkereinsmitglieder nur das selbe sagen, was sie schon längst durch eigene Erfahrung als wahr erkannt haben. Es ist nicht alles Gold, was gelb aussieht! Das haben sie sehr wohl gemerkt und wo sie glauben, es wagen zu können, vertragen sie den Übergang gerne die Gefolgschaft, wie es zum Beispiel bei der Vertreterwahl für die Betriebskrankenkasse geschah. Am 7. November 1913 waren 40 Vertreter und 30 Ersatzleute zu wählen. Die Gelben konnten nach dem Wahlergebnis nur 17 Vertreter und 34 Ersatzleute stellen. Am 15. Dezember fand die Hauptversammlung statt. Da konnten die Gelben von 8 Seiten nur 3 erlangen. Dies Ergebnis kann nur daher kommen, daß viele Werkereinsmitglieder „rot“ gestimmt haben. Der gelbe Berichtsführer sagt dann auch folgendes Angelegtes:

„Wenn auch das Wahlergebnis gegenüber dem der vorjährigen Gewerkschaftswahl ein verhältnismäßig besseres genannt werden kann, so ist es doch noch sehr bedauerlich, daß unsere Mitglieder nicht voll und ganz für unsere Sache eingetreten. Solche Mitglieder wollen wir lieber nicht haben und würde es uns viel angenehmer sein, wenn dieselben aus unserm Verein ausstreten würden. Unersetzlich werden derartige zweifelhafte Charaktere ohne weiteres ausgeschlossen, denn wir wollen nur wahren Mitglieder haben, welche für unsere Sache voll und ganz eintreten.“ Schein-Mitglieder, die nur an den Vorteilen, welche unser Verein bietet, teilnehmen wollen, können wir nicht brauchen.“

Obse Joesel hat schon manchen Mitgliede des gelben Werkereins die Augen auf und übergegangen von all den „Erfolgen“ des Werkereins. Gewaltig niebergebrachte Arbeiterpreise und längere Arbeitszeit als in den meisten anderen Firmen gehörenden Betrieben in München und Nürnberg, das sind die Folgen des gelben Werkereins. Es sind aber nicht alle Arbeiter des Werks Augsburg gewillt, daß die Gelben in solcher Weise nach weiter zu ihrem Schaden wirken. In einer fast besessenen Versammlung stellen sie folgende Forderungen auf: Arbeitszeitverkürzung auf 56 Stunden, 3 bis 5 2 Stundenlohn-erhöhung, wöchentliche Lohnzahlung, Herausgabe des Lohnbüchchens, Regelung des Urlaubs und noch einiges mehr. Die Betriebsleitung war sehr erfreut, als eine Kommission der Arbeiter für diese Forderungen überreichte, erklärte jedoch noch einigen Tagen Bedenken, daß nur ein Teil der Arbeiter Forderungen gestellt habe, daß die Weisungen gar nicht wolle, so lagar dagegen sein. Dar ist in München und Nürnberg die Arbeitszeit kürzer. Dort ist es aber auch mit der Arbeiterkassendruckerei. In Augsburg brauche und könne man das nicht nachmachen. Die Stundenlöhne wolle die Firma nicht erhöhen. Sie wolle dies auch ohne Forderungen. (Die alte Arbeiterkassendruckerei.) Es erklärte jedoch noch nach etwa 1700 Arbeiter Forderungen von 1 bis 6 2, die Stunde. Auch das Geschäft und Mitarbeiter wurde verbessert. Die wirtschaftliche Lage der Firma jedoch hat, weil sie schon von Anfang an in der Krise war, die Forderungen nicht mehr zu realisieren. Die Forderungen, daß sie nur wolle, wurde der Arbeiterkassendruckerei ihr mittelte. Da sehen wir von unten,

daß die Übergabe nun, was ihnen und der Firma angenehm ist. Die Wünsche der Mitglieder sind gleichgültig. Unter solchen Umständen war es natürlich nicht möglich, mehr zu erreichen. Auch eine Entgegnung an die Ortsgruppe Augsburg des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller blieb erfolglos.

Dies Beispiel zeigt so deutlich wie nur irgend etwas, welchen Bloß sich die Arbeiter mit diesem gelben Verein ans eigene Bein gebunden haben. Kollegen, steigt auf die „Wohltätigkeit“ der Unternehmungen! Doch auch nicht blenden durch die „großen“ Summen, die die Zug und Genossen dem gelben Verein leisten! Rechnet selber nach, wieviel davon im günstigsten Fall auf jeden einzelnen kommen kann und überlegt, daß, wenn einige mehr erhalten, dann aber auch soviel andere leer ausgehen müssen. Und was die Unternehmungen auf solche Weise „schenken“, das müßt ihr ihnen doppelt und dreifach ergehen. Darum nehmt eure Sache selber in die Hand, schließt euch denen an, die all die Jahre hindurch trotz vieler Anfeindungen die Fahne der Gewerkschaft hochgehalten haben! In München und Nürnberg ist auch die Arbeiterkassendruckerei anders. Deherzig diese Lehre, die die Betriebsleitung auch selber gegeben hat und schließlich auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an!

Politische Tätigkeit der gelben Organisationen.

Da gegenwärtig die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes dahin geht, unsere Gewerkschaften unter die politischen Vereine zu reihen, ist einer hohen Behörde ihre Aufgabe etwas erleichtert und ihr einige Lasten abgenommen, die ihrem scharfen Auge bisher entgangen zu sein scheinen. Es handelt sich um die gelben Organisationen, die sich im Westen Deutschlands Werkereine, im Osten reichs-treue Vereine nennen. Der Titel „Gewerkschaft“ kommt ihnen Vereinen nicht zu. Dagegen werden sie sämtlich zu den politischen Vereinen zu zählen sein, wie sich aus nachstehenden Feststellungen ergeben dürfte.

Zu den ältesten gelben Organisationen in Deutschland gehören die reichs-treuen Bergarbeitervereine in Schlesien und im Mansfelder Revier. (Gegründet 1890 und 1891.) Nach außen geben sie sich als Unterstützungs- und Gesellschaftsvereine mit gewerkschaftlichem Einschlag. Die Art ihrer Haupttätigkeit kennzeichnet sie jedoch als politische Wahlvereine im Dienste der Reichspartei. Ihre Vereinsorgane — in Schlesien Peterabend des Arbeiters und im Mansfelder Revier der Mansfelder Bergbote — sind politische Zeitungen und bei Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen in freier Konfession und Sprache tätig. Polizeibehörden, die dem Reichsvereinsgesetz Geltung verschaffen wollen durch den Nachweis der politischen Haltung jener Vereine und ihrer Organe, werden keine Mühe damit haben. Jeder Jahrgang enthält Tugendbeispiele. So ist in einem Bericht des Peterabend, in dessen Nummer vom 26. November 1910 über eine Verbandsversammlung der reichs-treuer Bergarbeitervereine vom 20. November 1910 zu lesen:

Ganz besonders interessant gestaltete sich die Besprechung über die Stellungnahme zu den nächsten Reichstagswahlen. Der aus Berlin (als möglicher Kandidat) erscheinende, in der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich erfolgreiche und erfahrene Baron v. Reibnitz hielt einen längeren Vortrag, in dem er sein Programm entwickelte. Verschiedene andere Redner erwähnten die Kameraden, schon jetzt in den Vereinen auf die kommenden Wahlen hinzuwirken, damit nicht erst im letzten Augenblicke, also zu spät, die Wahlarbeit einsetzt.

Zu bemerken wäre hierbei noch, daß dieser freikonservative Wahlverein Jugendliche von 14 Jahren zu seinen Mitgliedern zählt.

Mit gleichem Eifer widmeten sich die reichs-treuen Vereine im Mansfelder Revier und der Bergsitz den Wahlgeschäften bei der Reichstags- und Landtagswahl. So erschien für die Landtagswahl im Jahre 1911 der Wahlauftrag für den Konfessionellen Kandidaten v. Hoffel im Stadtkreis Nr. 29 von 1911, mitunterzeichnet von den Leitern der reichs-treuen Vereine.

Genauso handeln die gelben Werkereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nur der eine Unterschied besteht, daß im Westen die politische Tätigkeit der Werkereine ausschließlich der national-liberalen Partei zugute kommt. Allerdings ist hier die gelbe Vereinsbewegung noch jung und konnte erst in letzter Zeit — vor allem bei den Gemeindevahlen — politisch wirken. Über gerade auf diesem Gebiete haben die Werkereine als Wahlvereine sich am besten gut eingeführt. Einige Beispiele:

1. Der Werkerein der Zeche Karl wurde beschloß in seiner Versammlung am 16. November 1913 selbständiges Vorgehen bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl und stellte die Kandidaten auf.
2. Im Werkerein der Zeche Rosenblumendelle-Humboldt hielt in der Versammlung am 16. November 1913 ein Herr Jost eine Rede zur bevorstehenden Stadterordnetenwahl und ermahnte zur tatkräftigen Unterstützung des Kandidaten des Werkereins.
3. Der Werkerein der Zeche „Freie Vogel und Unverhofft“ hatte am 20. Oktober 1913 eine Versammlung, die zur bevorstehenden Gemeinderatswahl Stellung nahm. Am 29. November 1913 konnte die Vereinsleitung folgende Werbung veröffentlichen:

Bei der Gemeinderatswahl am 17. dieses Monats, an der sich unser Verein zum erstenmal beteiligte, haben wir gezeigt, daß Mitglied in unserm Verein herrscht. Wir haben 119 Stimmen, die Sozialdemokraten dagegen nur 146 aufgebracht. Bravo!

Die angeführten Tatsachen sind entnommen dem Werkerein in Essen. Dasselbe Blatt bringt gelegentlich auch Berichte über die Erfolge gelber Wahlvereine in anderen Teilen Deutschlands. Zum Beispiel in Nr. 12, 1914:

In Westfalen O.-L. wurde der zweite Vorsitzende des vaterländischen Arbeitervereins mit 779 Stimmen in die Gemeindevorstandung gewählt; der Genosse erhielt 431 Stimmen.

Wähnliche gute Erfolge hatten die Mitglieder des Werkereins Thale aufzuweisen. Ihr Kandidat siegte in Reipfeldt in der zweiten Abteilung mit 65 gegen 5 rote Stimmen, und in der dritten Abteilung mit 148 gegen 38 sozialdemokratische Stimmen.

Aus den Berichten in der Zeitung Der Werkerein geht hervor, daß die Werkereine in ihren Versammlungen vorwiegend politische Themen behandeln. In letzter Zeit unter anderem auch in folgenden Werkereinen:

Zeche Langenbrunn: Hier hielt der Vorsitzende Rutze am 11. Januar 1914 einen Vortrag über die Sozialdemokratie.

Zeche Wolfshant und Neuwedel: Am 7. Februar 1914 hielt der Vorsitzende Grotz einen Vortrag über die sozialdemokratische Partei.

Bergwerksland Dortmund-Hamm: Am 22. Februar 1914 den Beschluß, gegen die rote Woche der Sozialdemokratie Front zu machen.

Zeche De Wenzel: Die Versammlung am 1. März 1914 befaßte sich mit der Sozialdemokratie und deren roter Woche.

Zeche Dorffeld hatte am 8. März Versammlung. Hier berichtete der erste Vorsitzende Schulte von der roten Woche der sozialdemokratischen Partei und empfahl Gegenmaßnahmen.

Werkerein Böhmig, Dortmund, befaßte sich in zwei Versammlungen mit der gleichen Sache, am 6. und am 13. März 1914. Das erstmal sprach der Vorsitzende und ein Herr Werner, das zweitemal der zweite Vorsitzende.

Werkerein Lütten (Dortmund) ging noch gründlicher zu Werke. Hier sprach in zwei Versammlungen — am 26. Februar und am 28. März 1914 — der erste Vorsitzende Werner über die rote Woche und die Sozialdemokratie. In einer dritten Versammlung des Vereines am 19. März hielt ein Kaufmann Paul Hoffmann einen Vortrag über die rote Woche, sowie über die Lehren von Marx und Engels.

Es wurden weiter politische Reden gehalten in den verschiedenen Hoffnungsstätte, wo am 29. März der Leiter des Jugendvereins Kirsch sprach, auf Zeche Sülzer und Neudorf, wo der Sozialsekretär Schulte am 29. März sprach und auf Zeche Jostverein, wo

